



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 14.10.2024  
COM(2024) 476 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN  
RAT**

**Erster Fortschrittsbericht zur Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus  
und zur Förderung jüdischen Lebens**

*„Der beispiellose Anstieg antisemitischer Handlungen in ganz Europa erinnert uns an die dunkelste Zeit unserer Geschichte. Nur, dass wir heute alle den jüdischen Gemeinschaften zur Seite stehen.“*

**— Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission  
Brüssel, den 26. Januar 2024**

## **1. EINLEITUNG**

Der Antisemitismus hat in den vergangenen Jahren in Europa in gefährlicher Weise zugenommen. Er beeinträchtigt das tägliche Leben der jüdischen Menschen und stellt eine Bedrohung für das friedliche Zusammenleben, die Demokratie und die Sicherheit dar. Dies veranlasste die Europäische Kommission am 5. Oktober 2021 zur Annahme der ersten Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021-2030)<sup>1</sup> (im Folgenden „EU-Strategie“). Die EU-Strategie ist eine tragende Säule der Arbeit der Kommission zur Wahrung der Werte der EU, zur Verteidigung der Grundrechte und zur Bekämpfung aller Formen von Rassismus und Diskriminierung im Einklang mit der europäischen Lebensweise.

Die EU-Strategie umfasst eine Reihe von Maßnahmen, die sich auf folgende drei Säulen stützen: 1) Verhütung aller Formen von Antisemitismus, 2) Schutz und Förderung jüdischen Lebens sowie 3) Förderung von Forschung, Bildung und Gedenken an den Holocaust. Überdies ist es das Ziel der EU, bei der weltweiten Bekämpfung von Antisemitismus eine Führungsrolle zu übernehmen. Die Strategie umfasst 90 Maßnahmen, deren Umsetzung in vollem Gange ist.

Alle EU-Mitgliedstaaten begrüßten die EU-Strategie<sup>2</sup> und verpflichteten sich zu einem regelmäßigen Austausch auf politischer und fachlicher Ebene im Rat, um ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus zu koordinieren. Die Strategie wurde auch von vielen jüdischen Gemeinschaften, Partnerländern und internationalen Organisationen als wichtiger Schritt auf EU-Ebene gewürdigt.

In der EU-Strategie verpflichtete sich die Kommission, in den Jahren 2024 und 2029 Fortschrittsberichte zu veröffentlichen. Zur Vorbereitung dieses ersten Fortschrittsberichts hat die Kommission im Rahmen einer „Aufforderung zur Stellungnahme“ Rückmeldungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern zur Umsetzung der EU-Strategie eingeholt.<sup>3</sup> Jüdische Organisationen begrüßten die Annahme der EU-Strategie und würdigten sie als Wendepunkt in den Bemühungen der EU, gegen Antisemitismus vorzugehen. Sie bestätigten, dass sich die Annahme der EU-Strategie positiv auf die Entwicklung der Regierungspolitik und den politischen Diskurs in den Mitgliedstaaten auswirkt. Im März 2024 übersandte die Kommission einen Fragebogen an die Mitgliedstaaten, um aktuelle Informationen über die Entwicklung und Umsetzung ihrer nationalen Strategien und anderer Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus zu erhalten. Die Ergebnisse sind in diesem Bericht enthalten.

In diesem ersten Fortschrittsbericht werden die Erfolge beim Aufbau nachhaltiger Strukturen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten zur Verhütung und Bekämpfung von Antisemitismus und zur Sicherung einer Zukunft für das jüdische Leben in Europa dargelegt. Im Einklang mit der EU-

---

<sup>1</sup> [Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens.](#)

<sup>2</sup> [Schlussfolgerungen des Rates zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus vom 4. März 2022; Europäischer Rat, 14./15. Dezember 2023.](#)

<sup>3</sup> [Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus – erster Fortschrittsbericht.](#)

Strategie haben die meisten EU-Mitgliedstaaten nationale Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus erlassen. Mehrere von ihnen haben Sonderbeauftragte oder Koordinatoren ernannt, und die meisten verfolgen bei der Bekämpfung von Antisemitismus einen menschenrechtsbasierten und opferorientierten Ansatz, indem sie die nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (im Folgenden „IHRA-Definition“)<sup>4</sup> anwenden.

Zeitgenössischer Antisemitismus findet sich in radikalen Gruppen und Randgruppen, die Rechtsextremismus, Linksextremismus oder islamistischen Extremismus vertreten. Er kann sich hinter Antizionismus verbergen, findet sich aber auch mitten in der Gesellschaft.<sup>5</sup> Bereits im Jahr 2019 gab im Durchschnitt mehr als die Hälfte der Menschen in Europa (54 %) an, dass der Konflikt im Nahen Osten Einfluss auf ihre Wahrnehmung der jüdischen Menschen in ihrem Land hat.<sup>6</sup>

Die COVID-19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben die antisemitischen Einstellungen in der gesamten EU allerdings noch verschärft. Nach der dritten Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zu antisemitischen Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung<sup>7</sup>, die im ersten Halbjahr 2023 durchgeführt wurde, waren fast alle jüdischen Menschen (96 %) in Europa entweder online oder offline mit Antisemitismus konfrontiert. Acht von zehn jüdischen Menschen geben an, dass Antisemitismus in den vergangenen Jahren zugenommen hat, und 76 % vermeiden es, in der Öffentlichkeit Gegenstände zu tragen oder zur Schau zu stellen, die sie als Juden erkennbar machen würden.

### **1.1 Zunahme des Antisemitismus seit den Angriffen der Hamas vom 7. Oktober 2023**

Die Lage der jüdischen Menschen in der EU und weltweit hat sich seit den Terroranschlägen der Hamas<sup>8</sup> auf israelische Zivilisten am 7. Oktober 2023 sowie dem darauffolgenden Krieg und der humanitären Krise im Gazastreifen dramatisch verschlechtert. Die brutalen Angriffe hatten die meisten Todesopfer seit der Shoah zur Folge. An diesem Tag wurden 1 125 Menschen ermordet, darunter viele Unionsbürgerinnen und Unionsbürger. Zu Beginn wurden 251 Menschen als Geiseln genommen, 101 Geiseln werden noch immer im Gazastreifen festgehalten.<sup>9</sup> Die Kommission verurteilte die Angriffe aufs Schärfste und brachte ihre uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung für Israel und seine Bevölkerung zum Ausdruck. Sie bekräftigte ihr uneingeschränktes Engagement für die Sicherheit Israels.<sup>10</sup>

In ihrer Erklärung ein Jahr nach den tragischen Ereignissen vom 7. Oktober machte Kommissionspräsidentin von der Leyen deutlich, dass es keine Rechtfertigung für die Terrorakte der Hamas geben kann, die nicht nur der israelischen Bevölkerung, sondern auch unschuldigen palästinensischen Zivilisten unermessliches Leid gebracht haben. Sie betonte, dass die Europäische

---

<sup>4</sup> [Arbeitsdefinition von Antisemitismus – IHRA](#).

<sup>5</sup> [Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens](#).

<sup>6</sup> [Eurobarometer 484, Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus, 2019](#) (in englischer Sprache).

<sup>7</sup> [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Erhebung über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus](#) (in englischer Sprache).

<sup>8</sup> Die Hamas steht seit 2003 auf der EU-Liste terroristischer Vereinigungen.

<sup>9</sup> Am 7. Oktober 2024.

<sup>10</sup> Siehe Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 27. Juni 2024. Gleichzeitig verurteilte die Kommission die sich verschärfende humanitäre Krise im Gazastreifen und die Tatsache, dass viele Zivilisten, insbesondere Kinder und Frauen, infolge der Reaktion Israels auf den brutalen Terror der Hamas ihr Leben verloren haben. Dies hat zu einer Aufstockung der humanitären Hilfe der EU für diese Bevölkerungsgruppen geführt, während gleichzeitig an einem viel größeren mehrjährigen Paket zur Unterstützung einer leistungsfähigen Palästinensischen Behörde gearbeitet wurde.

Union allen unschuldigen Menschen zur Seite steht, deren Leben seit diesem schicksalhaften Tag zutiefst erschüttert ist, und rief dazu auf, Antisemitismus gemeinsam zu bekämpfen, wo immer er aufkeimt.<sup>11</sup>

Im vergangenen Jahr war in Europa ein deutlicher Anstieg hassmotivierter Vorfälle und Gewalttaten gegen jüdische Menschen zu verzeichnen. Die Angriffe der Hamas und die Konflikte im Nahen Osten haben zu einem seit der Gründung der EU beispiellosen Antisemitismus<sup>12</sup> geführt. Zu den Taten gehören Brandbombenanschläge auf jüdische Einrichtungen wie Synagogen, tätliche Angriffe auf jüdische Personen, Häuser, Restaurants und Geschäfte. In ganz Europa wurden Holocaust-Denkmäler mit irreführenden Vergleichen zwischen Juden und Nazis verunstaltet, wodurch die Shoah verharmlost wurde. Die Kommission verurteilt solche verabscheuungswürdigen Taten auf das Schärfste.

Die größte jüdische Gemeinschaft in Europa beherbergt Frankreich, wo nach dem 7. Oktober ein explosionsartiger Anstieg antisemitischer Vorfälle verzeichnet wurde. Mit insgesamt 1 676 Vorfällen im Jahr 2023 (4,5 Vorfälle pro Tag) kam es zu einer Verdreifachung im Vergleich zum Vorjahr.<sup>13</sup> In den Niederlanden haben sich die registrierten<sup>14</sup> Vorfälle um das Achtfache erhöht.<sup>15</sup> In Österreich haben sich die Vorfälle in den letzten Monaten des Jahres 2023 vervierfacht.<sup>16</sup> In Deutschland war ein Drittel der vom Bundeskriminalamt registrierten und durch Hass motivierten Vorfälle auf Antisemitismus zurückzuführen,<sup>17</sup> sodass die jüdische Gemeinschaft, die nur etwa 0,25 % der Bevölkerung ausmacht, unverhältnismäßig stark betroffen war.

Auch jüdische Studierende und Mitarbeitende an Universitäten wurden Opfer von Belästigungen und Angriffen.<sup>18</sup> Einem Bericht der Organisation European Union of Jewish Students (EJUS) zufolge hat die Zahl antisemitischer Vorfälle an europäischen Universitäten seit dem 7. Oktober erheblich zugenommen.<sup>19</sup> Dem Bericht zufolge fühlten sich jüdische Studierende nicht sicher und wurde ihr Recht auf Zugang zu Bildung durch Belästigungen und Angriffe erheblich eingeschränkt.

Der Antisemitismus im Internet nahm nach dem 7. Oktober 2023 auf Plattformen der sozialen Medien erheblich zu und führte zu einer Radikalisierung. Im Rahmen einer im Februar 2024 veröffentlichten Studie des Institute for Strategic Dialogue<sup>20</sup> wurde ein starker Anstieg antisemitischer Kommentare und Botschaften sowie von Online-Bedrohungen gegen jüdische Gemeinschaften festgestellt. In einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen politischen Stellungnahme wurde nach dem 7. Oktober 2023 ein Anstieg von Hetze im Internet um +7 % auf Reddit und +10 % auf X verzeichnet.

---

<sup>11</sup> [Erklärung vom 7. Oktober 2023 \(europa.eu\)](#) (in englischer Sprache).

<sup>12</sup> Institute for Jewish Policy Research: [Antisemitismus nach dem 7. Oktober: Was sagen uns die Daten und was müssen wir noch wissen? | JPR](#), 1. Oktober 2024 (in englischer Sprache).

<sup>13</sup> [Service de Protection de la Communauté Juive \(SPCJ\)](#) (in französischer Sprache).

<sup>14</sup> Nach der dritten Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Jüdinnen und Juden beträgt die Melderate durch jüdische Menschen bei antisemitischer Diskriminierung insgesamt nur 11 %. Die gemeldeten Vorfälle sind also nur die Spitze des Eisbergs. Nicht alle EU-Mitgliedstaaten erfassen antisemitische Vorfälle nach einer einheitlichen Methode.

<sup>15</sup> [Centrum Informatie en Documentatie Israël](#) (in niederländischer Sprache).

<sup>16</sup> [Antisemitische Vorfälle 2023 in Österreich](#).

<sup>17</sup> [Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland erreicht neuen Höchststand](#).

<sup>18</sup> [Europäischer Jüdischer Kongress fordert die Rektoren der europäischen Universitäten auf, jüdische Studierende zu schützen](#) (in englischer Sprache).

<sup>19</sup> [Der Anstieg des Antisemitismus an europäischen Universitäten als Folge des Massakers vom 7. Oktober, 1. Februar 2024](#) (in englischer Sprache). [Verteilung der gemeldeten Vorfälle: Vandalismus \(19,5 %\), Cybermobbing \(19,5 %\), Aufstachelung zu Gewalt, Diskriminierung, Ausgrenzung \(28,3 %\), verbale Belästigung, Beleidigungen, körperliche Gewalt \(32,7 %\)](#).

<sup>20</sup> [Institute for Strategic Dialogue: Die Zunahme des Antisemitismus auf Plattformen verbreiteter sozialer Medien und Plattformen sozialer Randmedien nach dem Terroranschlag der Hamas, 7. Februar 2024](#) (in englischer Sprache).

Eine Zufallsstichprobe von Hassinhalten ergab, dass es sich bei etwa 45 % um antisemitische Inhalte handelte, 15 % standen im Zusammenhang mit Hass gegen Muslime.<sup>21</sup>

## 1.2 Reaktion der Europäischen Kommission

Angesichts der alarmierenden Eskalation von Antisemitismus in der Öffentlichkeit und im Internet hat die Kommission deutlich gemacht, dass sie den jüdischen Gemeinschaften in Europa und über Europa hinaus zur Seite steht. Die Kommission forderte in ihrer Mitteilung „Kein Platz für Hass: ein Europa, das geeint gegen Hass steht“<sup>22</sup> gemeinsame Bemühungen gegen die Zunahme von Hass, insbesondere Antisemitismus und Hass gegen Muslime. Die Kommission verurteilt alle antisemitischen Handlungen sowie jede Form von Hass, Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufs Schärfste.

Nach der IHRA-Definition kann Kritik an Israel, wie sie auch an jedem anderen Land geübt wird, nicht als antisemitisch angesehen werden. Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von jüdischen Menschen, stereotype Behauptungen über die Macht des Judentums und die kollektive Verantwortlichkeit der jüdischen Menschen für Handlungen des Staates Israel gehören jedoch zu den zahlreichen Erscheinungsformen des Antisemitismus, die in der Definition enthaltenen sind. Solche Behauptungen werden in der EU täglich beobachtet.

Antisemitische Handlungen sind strafbar, wenn sie gesetzlich als solche definiert sind, und müssen in diesen Fällen strafrechtlich verfolgt werden. Auf EU-Ebene bietet der Rahmenbeschluss zur Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einen soliden Rechtsrahmen zur Bekämpfung antisemitischer Hasskriminalität und Hetze. Die Kommission ermutigt die Mitgliedstaaten weiterhin, antisemitische Hasskriminalität und Hetze im Lichte dieser gemeinsamen Rechtsvorschriften strafrechtlich zu verfolgen. Ebenso ist sie entschlossen, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu wahren, und betont, dass bei der Ermittlung antisemitischer Vorfälle mit der gebotenen Sorgfalt vorgegangen werden muss, um sicherzustellen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung für alle geschützt ist.

Im vergangenen Jahr hat die Kommission ihre Bemühungen intensiviert. Sie brachte ihre Solidarität durch Besuche jüdischer Gemeinschaften<sup>23</sup> und bei öffentlichen Veranstaltungen<sup>24</sup> zum Ausdruck. Bei der Euro-Chanukka-Feier zum jüdischen Lichterfest im Dezember 2023 erklärte Präsidentin von der Leyen: *„Es gibt keine Rechtfertigung für die Zunahme des Antisemitismus. Kein Krieg, keine politische Auseinandersetzung kann dies entschuldigen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Freiheit der Religionsausübung und die Freiheit von Angst müssen jederzeit, unter allen Umständen und für alle Menschen Wirklichkeit sein.“*<sup>25</sup>

Die Kommission beschleunigte die Umsetzung der EU-Strategie, stellte Mittel für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen bereit, arbeitete mit Europol und nationalen Strafverfolgungsbehörden zusammen, um gegen die Vielzahl terroristischer und extremistischer Inhalte vorzugehen, die nach den Anschlägen im Internet in Umlauf gebracht wurden, und leitete die Einrichtung eines Netzwerks zur Bekämpfung von Antisemitismus im Internet ein. Die Kommission betonte außerdem, dass die nationalen Behörden Fälle von Hasskriminalität oder Hetze, einschließlich öffentlicher Billigung,

---

<sup>21</sup> Ökosysteme der Hetze im Internet in der EU im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Israel und der Hamas, 2024 (in englischer Sprache).

<sup>22</sup> Mitteilung „Kein Platz für Hass: ein Europa, das geeint gegen Hass steht“ | Europäische Kommission, 6. Dezember 2023.

<sup>23</sup> Vizepräsident Schinas erklärte es zu einer Priorität, jüdische Gemeinschaften in der EU, unter anderem in Griechenland, Frankreich, Deutschland oder Belgien, sowie bei Auslandsreisen wie in Australien oder Brasilien zu besuchen.

<sup>24</sup> So sprach beispielsweise die Koordinatorin der Europäischen Kommission für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung des jüdischen Lebens am 10. Dezember 2023 auf der Demonstration gegen Antisemitismus in Brüssel.

<sup>25</sup> Rede der Präsidentin bei der Euro-Chanukka-Feier zum jüdischen Lichterfest (in englischer Sprache), 10. Dezember 2023, Brüssel.

Leugnung und grober Verharmlosung des Holocaust, untersuchen und strafrechtlich verfolgen sowie vor Gericht bringen müssen.<sup>26</sup>

## 2. BEKÄMPFUNG UND VERHÜTUNG ALLER FORMEN VON ANTISEMITISMUS

Dieser Fortschrittsbericht orientiert sich an der Struktur der Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und beschreibt, wie die im Rahmen der einzelnen Säulen vorgesehenen Initiativen bisher umgesetzt wurden. Der Anhang enthält einen Überblick über den Stand der einzelnen Maßnahmen der Strategie.

### 2.1 Bekämpfung von Antisemitismus in allen Politikbereichen und Mobilisierung von EU-Mitteln

Die Kommission fördert einen EU-weiten Dialog mit den Mitgliedstaaten und Organisationen der Zivilgesellschaft, um die Entwicklung und Umsetzung nationaler Strategien zu unterstützen, antisemitische Vorfälle nach Möglichkeit zu verhindern und rasch darauf zu reagieren sowie die Kommunikationskanäle zwischen den jüdischen Gemeinschaften und den nationalen Behörden zu verbessern. Zu diesem Zweck kommen in der Arbeitsgruppe der Kommission zur Umsetzung der Strategie der EU gegen Antisemitismus<sup>27</sup> zweimal jährlich Vertreter der Mitgliedstaaten sowie jüdischer Organisationen und Gemeinschaften zusammen. Zudem veranstaltet die Kommission vierteljährliche Gespräche am runden Tisch mit in Brüssel ansässigen internationalen jüdischen Dachorganisationen, die sich mit Antisemitismus befassen.

**Schweden:** Die im Januar 2023 eingerichtete Taskforce der Regierung für jüdisches Leben in Schweden führt einen Dialog über Präventivmaßnahmen und Initiativen zur Erleichterung des jüdischen Lebens und zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus in Schweden. Sie setzt sich aus Staatssekretären aus sechs Ministerien zusammen und wird vom Staatssekretär des Ministerpräsidenten geleitet. Die Polizei und schwedisch-jüdische Organisationen der Zivilgesellschaft wie das Living History Forum arbeiten ebenfalls mit der Taskforce zusammen.

Ferner veranstaltete die Kommission am 16./17. November 2022 in Brüssel ihr erstes „Forum der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens“<sup>28</sup>, an dem über 200 Vertreter jüdischer und anderer Organisationen der Zivilgesellschaft teilnahmen, um die Herausforderungen bei der Bekämpfung von Antisemitismus und der Förderung des jüdischen Lebens zu erörtern.

Die EU-Strategie zielt darauf ab, die Bekämpfung von Antisemitismus in allen relevanten Politikbereichen durchgängig zu berücksichtigen. Die Mitgliedstaaten wurden dazu ermutigt, diesem Beispiel zu folgen, indem sie nationale Strategien gegen Antisemitismus verabschieden oder gezielte Maßnahmen in ihre nationalen Aktionspläne gegen Rassismus aufnehmen. Darüber hinaus hat die Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert, Sonderbeauftragte oder nationale Koordinatoren gegen

<sup>26</sup> [Mitteilung „Kein Platz für Hass: ein Europa, das geeint gegen Hass steht“ | Europäische Kommission](#), 6. Dezember 2023.

<sup>27</sup> [Aspekte der Umsetzung der EU-Strategie wurden auf den Sitzungen der Arbeitsgruppe am 14./15. Dezember 2021 in Brüssel, am 1./2. Juni 2022 in Brüssel, am 6./7. Dezember 2022 in Den Haag, am 2./4. Mai 2023 in Bukarest und am 22./23. Januar 2024 in Brüssel erörtert.](#) (in englischer Sprache).

<sup>28</sup> [Forum der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens](#) (in englischer Sprache).



Antisemitismus zu ernennen und die nicht rechtsverbindliche IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus zu übernehmen und anzuwenden.

Nach Annahme der EU-Strategie:

- 23 Mitgliedstaaten haben nationale Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus ausgearbeitet. Hiervon haben 14 Mitgliedstaaten eine eigenständige Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus erstellt, und 9 Mitgliedstaaten haben gezielte Maßnahmen in umfassendere Strategien gegen Rassismus, gegen Extremismus oder zur Förderung der Menschenrechte aufgenommen.
- 20 Mitgliedstaaten haben einen Sonderbeauftragten oder nationalen Koordinator für die Bekämpfung von Antisemitismus ernannt.
- 25 Mitgliedstaaten haben die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus übernommen und/oder gebilligt.

Die Kommission begrüßt die Entwicklung nationaler Strategien und Aktionspläne, die ein starkes Engagement für die Bekämpfung der zunehmenden Bedrohung durch Antisemitismus in ganz Europa erkennen lassen. Mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten haben eigenständige Strategien eingeführt, die speziell auf Antisemitismus ausgerichtet sind und oft eine erhebliche Anzahl gezielter Maßnahmen umfassen. Andere haben Strategien für Antisemitismus als Teil umfassenderer Strategien zur Bekämpfung von Rassismus oder Extremismus oder zur Förderung der Menschenrechte eingeführt. In solchen Fällen können sich die Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in ihrem Umfang und ihrer Zielvorgabe unterscheiden. Einige Strategien enthalten spezifische Abschnitte, die der Bekämpfung von Antisemitismus gewidmet sind, wodurch sie in ihrem Umfang und ihrer Zielsetzung mit eigenständigen Strategien gegen Antisemitismus vergleichbar sind. In anderen Strategien wird auf Antisemitismus nur im Rahmen allgemeiner Maßnahmen zur Bekämpfung aller Formen von Rassismus, Hass und Fremdenfeindlichkeit Bezug genommen, wobei den spezifischen Herausforderungen, die der Antisemitismus mit sich bringt, weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird.

**Tabelle 1: Fortschritte in den EU-Mitgliedstaaten beim Ergreifen von Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus**

<b>Mitgliedstaat</b>	<b>1. Strategie ist eine eigenständige Strategie/ein eigenständiger Aktionsplan gegen Antisemitismus</b>	<b>2. Maßnahmen gegen Antisemitismus sind im nationalen Aktionsplan gegen Rassismus enthalten</b>	<b>3. IHRA-Definition übernommen/ gebilligt</b>	<b>4. Sonderbeauftragter ernannt</b>
<b>AT</b>	X		X	X
<b>BE</b>			X	X
<b>BG</b>	X		X	X
<b>CY</b>		X	X	
<b>CZ</b>		X	X	X
<b>DE</b>	X		X	X
<b>DK</b>	X		X	X
<b>EE</b>	X		X	X
<b>EL</b>		X	X	X
<b>ES</b>	X		X	X
<b>FI</b>		X	X	
<b>FR</b>		X	X	X
<b>HR</b>		X	X	X

HU	X		X	X
IE		X		X
IT	X		X	X
LT			X	X
LU	X		X <sup>29</sup>	X
LV	X		X	
MT				
NL	X		X	X
PL			X	
PT		X	X	X
RO	X		X	X
SE	X <sup>30</sup>		X	X
SI	X		X <sup>31</sup>	
SK		X	X	
Insgesamt	14	9	25	20

**Die Tabelle beruht auf Informationen, die der Kommission von den EU-Mitgliedstaaten übermittelt wurden.**

Jüdische Organisationen haben die nationalen Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus sowie die Zusagen vieler Länder auf dem Internationalen Forum zum Gedenken an den Holocaust und zur Bekämpfung von Antisemitismus in Malmö im Oktober 2021 begrüßt.<sup>32</sup> Im Mai 2023 legte der Jüdische Weltkongress eine Bewertung der Fortschritte vor, die im Anschluss an die Zusagen von Malmö, die auch nationale Strategien umfassten, erreicht wurden. Es zeigte sich, dass die Zusagen nur teilweise umgesetzt wurden, und es wurde betont, dass Folgemechanismen von entscheidender Bedeutung sind. In dem Bericht wurden auch Diskrepanzen zwischen den Erwartungen der jüdischen Gemeinschaften und den Maßnahmen der Regierungen aufgezeigt.<sup>33</sup>

Diese Bewertung steht im Einklang mit den Daten aus der Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte aus dem Jahr 2023<sup>34</sup>, wonach jüdische Menschen stärkere Bemühungen der Regierungen zur Bekämpfung von Antisemitismus erwarten. Nur 18 % der jüdischen Menschen sind (eher) zufrieden mit den Bemühungen der Regierung zur „Bekämpfung von Antisemitismus“ und nur 23 % mit den Bemühungen zur „Förderung des jüdischen Lebens“. Am zufriedensten sind sie mit dem „öffentlichen Gedenken an den Holocaust“ (47 %), der „Reaktion auf die Sicherheitsbedürfnisse der jüdischen Gemeinschaft“ (32 %) und der „Einbeziehung des Themas Holocaust in die Bildung“ sowie der „Feier des jüdischen Kulturerbes“ (beide 28 %).

Die Umsetzung der EU-Strategie ist ein gemeinsames Anliegen in der gesamten Kommission, und daher wurden durch zahlreiche EU-Förderprogramme<sup>35</sup> Maßnahmen finanziert, wie das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“, das Programm „Justiz“, Horizont Europa, Kreatives Europa, Erasmus+, der Fonds für die innere Sicherheit, die Fonds der Kohäsionspolitik, das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit und das Instrument für Heranführungshilfe. Das Instrument für technische Unterstützung der Europäischen Kommission unterstützt diese Bemühungen weiter, indem es den

<sup>29</sup> Luxemburg hat die IHRA-Definition von Antisemitismus ohne die elf zugehörigen Beispiele übernommen.

<sup>30</sup> Das schwedische Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Antisemitismus ergänzt den im Jahr 2016 verabschiedeten nationalen Plan gegen Rassismus, ähnliche Formen von Feindseligkeit und Hasskriminalität.

<sup>31</sup> Slowenien hat die IHRA-Definition von Antisemitismus ohne die zugehörigen elf Beispiele übernommen.

<sup>32</sup> [Zusagen, die auf dem Internationalen Forum zum Gedenken an den Holocaust und zur Bekämpfung des Antisemitismus am 13. Oktober 2021 in Malmö vorgestellt wurden](#) (in englischer Sprache).

<sup>33</sup> [Jüdischer Weltkongress: Eine Bewertung nach 17 Monaten, 2023](#) (in englischer Sprache).

<sup>34</sup> [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Erhebung über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus, 2023](#) (in englischer Sprache).

<sup>35</sup> Im Rahmen des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027.



Mitgliedstaaten maßgeschneiderte Hilfe bei der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus bietet.<sup>36</sup>

Insbesondere wurden im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ mehr Mittel für die Unterstützung neuer Instrumente und Netzwerke auf allen Ebenen bereitgestellt. Die Finanzmittel für Projekte zur Bekämpfung von Antisemitismus stiegen von rund 5,2 Mio. EUR im Jahr 2021 auf 6 Mio. EUR im Jahr 2022 und 11 Mio. EUR im Jahr 2023. In den drei Jahren wurden 61 Projekte mit durchschnittlich 360 000 EUR pro Projekt gefördert. Einige Projekte zur Bekämpfung von Antisemitismus befassen sich möglicherweise auch mit Rassismus sowie anderen Formen der Intoleranz und fördern das Gedenken an den Holocaust. Die Kommission leistet strukturelle Unterstützung für die European Union of Jewish Students und das Facing Facts-Netz unter der Leitung von CEJI (A Jewish Contribution to an Inclusive Europe) als Rahmenpartner zur Bekämpfung von Antisemitismus und anderen Formen von Hass.

## **2.2 Bekämpfung von antisemitischer Hetze und Hasskriminalität**

Der Rahmenbeschlusses zur strafrechtlichen Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit<sup>37</sup> bietet einen soliden Rechtsrahmen zur Bekämpfung antisemitischer Hasskriminalität und Hetze, einschließlich der öffentlichen Billigung, Leugnung oder groben Verharmlosung des Holocaust, wenn diese in einer Weise erfolgen, die geeignet ist, zu Gewalt oder Hass aufzustacheln.

Die Kommission hat Maßnahmen ergriffen, um die vollständige und ordnungsgemäße Umsetzung des Rahmenbeschlusses sicherzustellen, und zwischen Oktober 2020 und August 2024 wegen unvollständiger oder nicht ordnungsgemäßer Umsetzung 13 Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten eingeleitet. Infolgedessen haben sechs Mitgliedstaaten ihre Rechtsvorschriften vollständig mit dem Rahmenbeschluss in Einklang gebracht, sodass die Verfahren eingestellt wurden. Andere Mitgliedstaaten haben Fortschritte erzielt und nehmen Änderungen an ihren Rechtsvorschriften vor. Die Kommission wird ihre Bemühungen zur Sicherstellung einer vollständigen Umsetzung fortsetzen.<sup>38</sup>

Zur Stärkung des Rechtsrahmens in der gesamten EU hat die Kommission am 9. Dezember 2021 eine Mitteilung mit dem Titel „Ein inklusiveres und besser schützendes Europa: Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität“ angenommen, um einen Beschluss des Rates herbeizuführen, mit dem die Liste der „EU-Straftatbestände“ gemäß Artikel 83 AEUV um Hasskriminalität und Hetze<sup>39</sup> erweitert werden. Der Rat hat einen solchen Beschluss noch nicht gefasst.

---

<sup>36</sup> Instrument für technische Unterstützung (TSI).

<sup>37</sup> [Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.](#)

<sup>38</sup> Die Verfahren gegen Bulgarien, Estland, Finnland, die Niederlande, Polen, Schweden und Ungarn sind noch nicht abgeschlossen. Die Verfahren gegen Belgien, Deutschland, Griechenland, Litauen, Luxemburg und Rumänien wurden eingeleitet und eingestellt, nachdem diese Mitgliedstaaten die erforderlichen Gesetzesreformen zur Einhaltung des Rahmenbeschlusses durchgeführt hatten.

<sup>39</sup> [Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität.](#)

**Deutschland:** Die strafrechtliche Verfolgung von Vorfällen ist von entscheidender Bedeutung. In Deutschland haben die meisten Bundesländer Antisemitismusbeauftragte in den Generalstaatsanwaltschaften ernannt, die eine wichtige Verantwortung für die strafrechtliche Verfolgung antisemitischer Straftaten tragen. Darüber hinaus bemühen sie sich um eine einheitliche Anwendung der Rechtsvorschriften bei der Verfolgung antisemitischer Straftaten, die Sicherstellung der Kommunikation und Koordinierung der Ermittlungen zwischen den Staatsanwaltschaften sowie die Durchführung von Fortbildungen zu diesem Thema.

Der Anteil der jüdischen Menschen, die in den zwölf Monaten vor der Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte im Jahr 2023 antisemitische Belästigung erlebt haben, stieg von 31 % im Jahr 2018 auf 37 % im Jahr 2023. 4 % der jüdischen Menschen waren in den zwölf Monaten vor der Erhebung im Jahr 2023 antisemitischen tätlichen Angriffen ausgesetzt, im Vergleich zu 2 % im Jahr 2018.<sup>40</sup>

In der Gemeinsamen Mitteilung „Kein Platz für Hass: ein Europa, das geeint gegen Hass steht“ vom 6. Dezember 2023 haben die Kommission und der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Hass in all seinen Formen verstärkt. Als Folgemaßnahme organisierte die Kommission im April und Mai 2024 ein Europäisches Bürgerforum zur Bekämpfung des Hasses in der Gesellschaft, um die Ursachen von Hass, wie beispielsweise Antisemitismus, zu untersuchen und konkrete Empfehlungen für EU-Maßnahmen auszuarbeiten.<sup>41</sup>

Am 12. Juli 2023 nahm die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der Opferschutzrichtlinie<sup>42</sup> an, der darauf abzielt, die Rechte aller Opfer von Straftaten in der EU, einschließlich der Opfer antisemitischer Hasskriminalität, weiter zu stärken. Die EU-Plattform für Opferrechte befasste sich auf ihrer Sitzung am 6. März 2024 eingehend mit den Opfern antisemitischer Hasskriminalität.<sup>43</sup>

Antisemitische Hetze und Hasskriminalität müssen wirksam strafrechtlich verfolgt und die Täter verurteilt werden. Die „Hochrangige Gruppe zur Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität“<sup>44</sup> der Kommission bietet Leitlinien und fördert Standards und bewährte Verfahren im Bereich der Erhebung von Daten über Hasskriminalität, der Schulung zu Hasskriminalität und der Unterstützung der Opfer von Hasskriminalität. Einer der Schwerpunkte liegt dabei auf Antisemitismus.

Im Rahmen des Programms „Justiz“ unterstützt die Kommission das Europäische Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN) mit einem Beitrag zu den Betriebskosten, unter anderem für die Organisation von Seminaren über Nichtdiskriminierung und die Bekämpfung von Antisemitismus.<sup>45</sup> Die Ausarbeitung von Schulungskursen und -materialien zur Unterstützung von Angehörigen der Rechtsberufe bei der Erkennung und strafrechtlichen Verfolgung von

---

<sup>40</sup> [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Erhebung über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus, 2023](#) (in englischer Sprache).

<sup>41</sup> [Abschließende Empfehlungen des Europäischen Bürgerforums zur Bekämpfung des Hasses in der Gesellschaft](#), 20. Mai 2024.

<sup>42</sup> [Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Opferschutzrichtlinie von aus dem Jahr 2012](#).

<sup>43</sup> [EU-Plattform für Opferrechte](#).

<sup>44</sup> [Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität – Europäische Kommission \(europa.eu\)](#) (in englischer Sprache).

<sup>45</sup> Eine der wichtigsten Aktivitäten des Europäischen Netzes für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten ist das jährliche in Krakau und Oswiecim (Auschwitz) stattfindende Seminar über Antisemitismus und Hasskriminalität in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte und dem Museum Auschwitz-Birkenau. Schulungsmaterialien zum Thema Antidiskriminierung, einschließlich Antisemitismus, sind auf der Europäischen Plattform für Aus- und Fortbildung verfügbar.

Antisemitismus ist eine der Prioritäten der jährlichen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Finanzhilfen im Rahmen des Programms „Justiz“.

Die Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) hat sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame Strafverfolgungskultur auf der Grundlage der Grundrechte zu fördern. Sie erarbeitet und zertifiziert für Strafverfolgungsbeamte in der EU einen Diplomkurs zu Grundrechten, in dem auch die Bekämpfung von Antisemitismus behandelt wird.

Im Rahmen eines Seminars vom 8./9. Februar 2024 befasste sich CEPOL insbesondere mit den Auswirkungen der Angriffe vom 7. Oktober auf die innere Sicherheit der EU aus der Perspektive des Antisemitismus und des Hasses gegen Muslime. Außerdem arbeitet sie eng mit dem Europäischen Jüdischen Kongress zusammen, um regelmäßig gemeinsame Webinare zum Thema Antisemitismus zu organisieren. Darüber hinaus veranstalteten die Kommission und CEPOL am 25. April 2024 gemeinsam eine Konferenz über Hasskriminalität und Hetze, an die sich die Sitzung der Arbeitsgruppen für Hasskriminalität im Rahmen der von der Kommission geleiteten Hochrangigen Gruppe zur Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität anschloss.

**Belgien:** Um die Erfassung antisemitischer Vorfälle zu verbessern, hat Belgien die geltenden Anweisungen überarbeitet, um bei der Erfassung von Diskriminierung und Hasskriminalität die Angabe eines „antisemitischen“ Motivs zu ermöglichen. Die am 22. April 2024 veröffentlichten Anweisungen enthalten ebenfalls Leitlinien mit spezifischen Indikatoren zur Erkennung von Antisemitismus. Auf diese Weise werden genauere Zahlen zu antisemitischen Straftaten erhoben und gezieltere Antisemitismusmaßnahmen ermöglicht.

Antisemitismus muss sorgfältig überwacht werden, um ihn wirksam bekämpfen zu können. Zu diesem Zweck hat Österreich im Mai 2021 die Europäische Konferenz über Antisemitismus eingerichtet, die Teil einer „Vorreitergruppe“ von mittlerweile 15 Mitgliedstaaten ist, die die „Wiener Deklaration zur Verstärkung der Kooperation im Kampf gegen Antisemitismus und zur Förderung der Meldung antisemitischer Vorfälle“<sup>46</sup> unterzeichnet haben. Mit Unterstützung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte wollen die Unterzeichner der Wiener Deklaration eine gemeinsame Methodik zur Quantifizierung und Qualifizierung antisemitischer Vorfälle erarbeiten. Im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ unterstützt die Kommission das Europäische Netz zur Überwachung von Antisemitismus<sup>47</sup>, das Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenbringt, die antisemitische Vorfälle auf der Grundlage der IHRA-Definition von Antisemitismus überwachen und zur Entwicklung einer gemeinsamen Methodik beitragen.

### 2.3 Bekämpfung von Antisemitismus im Internet

Antisemitismus ist im Internet weitverbreitet. 91 % der jüdischen Menschen betrachten „antisemitische Inhalte im Internet und in den sozialen Medien“ als eine der problematischsten Erscheinungsformen des Antisemitismus. 90 % der jüdischen Menschen waren im Internet bereits mit Antisemitismus konfrontiert. Der Anteil der jüdischen Menschen, die in den zwölf Monaten vor der Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte im Jahr 2023 antisemitischer

---

<sup>46</sup> Die [Wiener Deklaration](#) wurde von Österreich, Tschechien, Deutschland, Dänemark, Estland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Ungarn, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Rumänien und der Slowakei unterzeichnet.

<sup>47</sup> [Europäisches Netz zur Überwachung von Antisemitismus](#), eingerichtet im April 2024.

Belästigung im Internet ausgesetzt waren, war von 26 % im Jahr 2018 auf 32 % im Jahr 2023 gestiegen.<sup>48</sup>

In den Monaten nach den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 haben Online-Plattformen die Verbreitung von Hetze<sup>49</sup>, gewaltorientiertem Extremismus und terroristischen Inhalten erleichtert und verstärkt. Die Leugnung und Verfälschung der Ereignisse vom 7. Oktober ist im Internet weitverbreitet, darunter antisemitische Verschwörungstheorien, Desinformation, Leugnung und Verfälschung des Holocaust sowie die Behauptung der Täter, Opfer zu sein – bis hin zur Verherrlichung des Terrorismus und dem Aufruf zu Angriffen auf Israel und jüdische Menschen.<sup>50</sup>

Als erste Region der Welt hat die Europäische Union im Jahr 2022 einen Rechtsrahmen verabschiedet, der die Art und Weise regelt, wie Plattformen in der EU betrieben werden dürfen. Das Gesetz über digitale Dienste<sup>51</sup>, das seit dem 17. Februar 2024 in Kraft ist, enthält neue Verpflichtungen für Online-Plattformen, um gegen illegale Inhalte, einschließlich illegaler antisemitischer Hetze, vorzugehen. Es schafft klare und harmonisierte Verpflichtungen für Online-Plattformen, Melde- und Abhilfeverfahren einzurichten und zu betreiben, transparent zu sein und rechtzeitig über ihre Verfahren zur Moderation von Inhalten Bericht zu erstatten. Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen mit mehr als 45 Millionen Nutzern in der EU müssen zudem die mit der Nutzung ihrer Dienste verbundenen Risiken bewerten und mindern, beispielsweise im Hinblick auf die Verbreitung antisemitischer Inhalte. Die Kommission hat ferner direkte Durchsetzungsbefugnisse gegenüber diesen Unternehmen und kann Geldbußen verhängen, wenn diese die einschlägigen Bestimmungen nicht einhalten, oder einstweilige Maßnahmen auferlegen.<sup>52</sup> Vor diesem Hintergrund hat die Kommission im Zusammenhang mit der Verbreitung illegaler Inhalte in Verbindung mit den Terroranschlägen der Hamas gegen Israel Auskunftsverlangen versandt und ein förmliches Verfahren gegen X in dieser Angelegenheit eingeleitet.<sup>53</sup>

**Österreich:** Als Reaktion auf die Angriffe der Hamas vom 7. Oktober 2023 verabschiedete Österreich am 18. März 2024 das „Maßnahmenpaket gegen Antisemitismus und antisemitische Desinformation im digitalen Raum“. Dieses Paket sieht 16 neue Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den sehr großen Internetplattformen und Suchmaschinen vor und trägt zur ordnungsgemäßen Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste bei.

Ein verstärkter Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hetze im Internet soll dazu beitragen, die Prävention von Bedrohungen durch Hetze zu verbessern, *bevor* sie sich im Internet verbreiten. Der überarbeitete Kodex wird als „Verhaltenskodex gemäß dem Gesetz über digitale Dienste“ im Sinne von Artikel 45 des Gesetzes über digitale Dienste aufgenommen. Dies bedeutet, dass der neue Kodex nicht nur ambitionierte freiwillige Verpflichtungen festlegt, sondern auch als Instrument im Rahmen des Risikominderungsansatzes des Gesetzes über digitale Dienste anerkannt wird. Die Kommission bereitet eine Aufstockung der Mittel zur Unterstützung der Umsetzung des Verhaltenskodex um weitere 2,2 Mio. EUR vor, einschließlich der Unterstützung eines speziellen Netzwerks von Organisationen, die auf Antisemitismus spezialisiert sind. Überdies hat die Kommission mit den

<sup>48</sup> [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Erhebung über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus, 2023](#) (in englischer Sprache).

<sup>49</sup> Die Kommission würdigt den [Ansatz von Meta in Bezug auf „Zionist“ als Stellvertreter-Begriff für Hassrede](#). Meta wird Inhalte, die dazu verwendet werden, um mit entmenslichenden Vergleichen auf „Zionisten“ abzielen, sowie Inhalte, die dazu aufzurufen, ihnen Schaden zuzufügen oder ihre Existenz zu leugnen, entfernen, da „Zionist“ in diesen Fällen häufig ein Stellvertreter-Begriff für die jüdische oder israelische Bevölkerung zu sein scheint.

<sup>50</sup> [Die Zunahme des Antisemitismus auf Plattformen verbreiteter sozialer Medien und Plattformen sozialer Randmedien nach dem Terroranschlag der Hamas](#), Institute for Strategic Dialogue, 7.2.2024 (in englischer Sprache).

<sup>51</sup> [Gesetz über digitale Dienste](#).

<sup>52</sup> [Fragen und Antworten zum Gesetz über digitale Dienste](#).

<sup>53</sup> [Aufsicht über die benannten sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste](#) (in englischer Sprache).

vorbereitenden Arbeiten für die Organisation eines Hackathons begonnen, um neue Wege zur Bekämpfung von Antisemitismus im Internet zu erkunden und eine umfassende Datenanalyse durchzuführen, um besser zu verstehen, wie sich Antisemitismus im Internet verbreitet.

Am 16. Juni 2022 wurde der gestärkte Verhaltenskodex<sup>54</sup> zur Bekämpfung von Desinformation vorgelegt. Damit sollen die Risiken von Desinformation im Internet, auch in Verbindung mit Antisemitismus, im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste begrenzt werden. Nach den Angriffen vom 7. Oktober führte die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien eine Analyse der Desinformation<sup>55</sup> hinsichtlich des Konflikts durch und überwacht seitdem in ihren monatlichen Faktenprüfungsberichten aktiv die Entwicklungen rund um antisemitische und andere Narrative.

**Niederlande:** In den Niederlanden vereinbarten der nationale Koordinator für die Bekämpfung von Antisemitismus und der Online-Shop Bol.com am 8. November 2022 eine das Strafrecht ergänzende Initiative, um mit einem besseren und effizienteren Ansatz sicherzustellen, dass antisemitische Inhalte nicht online zum Verkauf angeboten werden. Ziel ist es, das Geschäftsmodell hinter dem Antisemitismus und Verschwörungstheorien zu bekämpfen sowie Wissen und Erfahrungen mit anderen Unternehmen auszutauschen. Im Juni 2024 schloss sich Amazon der Initiative an.

Im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 hat die Europäische Kommission am 12. Dezember 2023 das Paket zur Verteidigung der Demokratie<sup>56</sup> angenommen. Ein wesentliches Element dieses Pakets ist ein Legislativvorschlag, der derzeit von den beiden gesetzgebenden Organen erörtert wird und mit dem im Binnenmarkt harmonisierte Transparenzanforderungen für Tätigkeiten zur Interessenvertretung für Drittländer, die darauf abzielen, die Politik, Beschlussfassung und den demokratischen Handlungsspielraum zu beeinflussen, eingeführt werden sollen. Am 11. März 2024 wurde die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung<sup>57</sup> angenommen. Im Rahmen des Aktionsplans gegen Desinformation wird dem Antisemitismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet, unter anderem durch die East StratCom Task Force<sup>58</sup> und EUvsDisinfo<sup>59</sup>.

**Luxemburg:** Seit 2008 nimmt die BEE SECURE STOPLINE in Luxemburg Meldungen über illegale Online-Inhalte entgegen, unter anderem auch Meldungen über antisemitische Beiträge. Die Staatsanwaltschaft und die Polizei entscheiden gemeinsam, ob es zur Bekämpfung von Hetze im Internet erforderlich ist, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. In einigen Fällen kann mutmaßlichen Tätern die Teilnahme an einem Programm „Dialog statt Hass“ angeboten werden, in dessen Rahmen sie auf die schädlichen Auswirkungen ihrer Hetze aufmerksam gemacht werden. Straftaten im Zusammenhang mit Hetze können jedoch auch Freiheitsstrafen zur Folge haben.

Im Rahmen der Strategie für ein besseres Internet für Kinder (BIK+) kofinanziert die EU Safer-Internet-Zentren, die mit ihren Beratungsdiensten die Öffentlichkeit und insbesondere Kinder im Umgang mit schädlichen und illegalen Inhalten unterstützen. Diese Beratungsdienste können den Status „vertrauenswürdiger Hinweisgeber“ im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste erhalten, wodurch Plattformen verpflichtet wären, deren Meldungen über illegale Inhalte vorrangig und

---

<sup>54</sup> [Gestärkter Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation 2022](#) (in englischer Sprache).

<sup>55</sup> [Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien – Vorläufige Analyse der Desinformation im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Israel und der Hamas](#) (in englischer Sprache).

<sup>56</sup> [Paket zur Verteidigung der Demokratie](#).

<sup>57</sup> [Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung](#).

<sup>58</sup> [East StratCom Task Force](#) (in englischer Sprache).

<sup>59</sup> [EUvsDisinfo](#).



unverzüglich zu bearbeiten. Sie befassen sich in erster Linie mit Material über sexuellen Kindesmissbrauch, einige bearbeiten im Rahmen einzelstaatlicher Regelungen jedoch auch Meldungen über rassistische und fremdenfeindliche Hetze, auch in Verbindung mit Antisemitismus.

## 2.4 Bekämpfung antisemitischer Diskriminierung

Zwei von zehn jüdischen Menschen in Europa waren aufgrund ihrer Religion oder ihres Glaubens in einem oder mehreren Bereichen ihres täglichen Lebens Diskriminierung ausgesetzt. Am häufigsten werden jüdische Menschen aufgrund ihrer jüdischen Identität oder Religion in Bildungseinrichtungen diskriminiert. Etwa vier von zehn jüdischen Menschen sprechen am Arbeitsplatz oder in der Schule „selten“ oder „nie“ offen über ihre jüdische Identität. 33 % bzw. 41 % verschweigen am Arbeitsplatz und in der Schule sogar häufig ihre jüdische Identität.<sup>60</sup>

Auf EU-Ebene überwacht die Kommission die Umsetzung der Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse und der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf.<sup>61</sup> Auf Ersuchen der Europäischen Kommission erstellte das europäische Netz von Rechtsexperten auf dem Gebiet der Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung den ersten Bericht mit dem Titel „The legal framework to combat antisemitism in the EU“ (Der Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in der EU), der im März 2024 veröffentlicht wurde.<sup>62</sup> Er bietet einen vergleichenden Überblick darüber, wie die einschlägigen Rechtsinstrumente der EU in den 27 Mitgliedstaaten umgesetzt wurden, und enthält Empfehlungen zur Stärkung des wirksamen Schutzes vor antisemitischen Handlungen.

Gleichbehandlungsstellen fördern Nichtdiskriminierung und Inklusion und können, wenn sie entsprechend geschult sind, eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung antisemitischer Diskriminierung spielen. Die Annahme der beiden neuen EU-Richtlinien zur Stärkung der nationalen Gleichbehandlungsstellen<sup>63</sup> im Jahr 2024 ist ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung der Nichtdiskriminierungsvorschriften (auch aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft sowie der Religion oder Weltanschauung) und zur Verbesserung des Zugangs der Opfer zur Justiz. Um das Wissen der Gleichbehandlungsstellen über Antisemitismus zu erweitern, haben die Kommission und Equinet (Europäisches Netz nationaler Gleichbehandlungsstellen) ein Webinar für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter<sup>64</sup> veranstaltet.

In dem Bestreben, inklusive Arbeitsplätze zu schaffen, hat die EU-finanzierte EU-Plattform der Chartas der Vielfalt, die sich für die Förderung von Vielfalt am Arbeitsplatz und die Bekämpfung von Diskriminierung einsetzt, ein Webinar mit besonderem Schwerpunkt auf Antisemitismus, Hass gegen Muslime und Rassismus<sup>65</sup> veranstaltet.

---

<sup>60</sup> [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Erhebung über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus](#) (in englischer Sprache).

<sup>61</sup> Die [Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse](#) bietet jüdischen Menschen in bestimmten Lebensbereichen Schutz vor Diskriminierung (einschließlich Belästigungen) aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft, und die [Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf](#) bietet jüdischen Menschen im Bereich der Beschäftigung und des Berufs Schutz vor Diskriminierung (einschließlich Belästigungen und Aufforderungen zur Diskriminierung) aus Gründen der Religion oder der Weltanschauung. Die bestehende Gesetzeslücke beim Schutz vor Diskriminierung, unter anderem aus Gründen der Religion oder Weltanschauung, könnte geschlossen werden, indem der Schutz, wie im Vorschlag für die [Gleichbehandlungsrichtlinie](#) vorgesehen, über den derzeitigen Bereich der Beschäftigung hinaus ausgeweitet wird.

<sup>62</sup> [Der Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in der EU](#) (in englischer Sprache).

<sup>63</sup> [Stärkung der Rolle der Gleichstellungsstellen in der gesamten EU: Rat nimmt zwei Richtlinien an: Richtlinie \(EU\) 2024/1499 des Rates; Richtlinie \(EU\) 2024/1500.](#)

<sup>64</sup> Webinar vom 10. März 2022.

<sup>65</sup> Webinar vom 30. Mai 2023.



Es ist nach wie vor schwierig, ausreichende und genaue Gleichstellungsdaten über die jüdische Bevölkerung in der EU zu erhalten. Die Eurobarometer-Umfrage zur Diskriminierung in der EU<sup>66</sup> enthält Daten über jüdische Menschen und die Aufklärung über den Holocaust. Diese reichen jedoch nicht aus, um ein vollständiges Bild zu vermitteln. Im Jahr 2023 richtete Eurostat eine „Taskforce Gleichstellung“ ein, um die Erhebung von Gleichstellungsdaten, auch über die Rasse oder die ethnische Herkunft, zu verbessern. Ziel der Taskforce ist es, Leitlinien und Empfehlungen für eine bessere Vergleichbarkeit zu entwickeln und Vorschläge zur Schließung von Lücken bei der Datenerhebung zu verschiedenen ethnischen Gruppen, unter anderem mit Blick auf Antisemitismusstatistiken und die jüdische Bevölkerung, zu unterbreiten.

## **2.5 Die Kommission geht mit gutem Beispiel voran**

Die Kommission möchte als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie Antisemitismus und alle Formen von Hass und Diskriminierung innerhalb ihrer Organisation verhindert und bekämpft. Im Jahr 2022 nahm die Kommission den Aktionsplan für Vielfalt und Inklusion<sup>67</sup> und im Jahr 2023 eine erneuerte Strategie gegen Belästigung an, um für sichere und inklusive Arbeitsplätze für alle Sorge zu tragen. Im Einklang mit der EU-Strategie wendet die Kommission die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus als Grundlage für das Erkennen antisemitischer Vorurteile an. Sie bietet für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bedienstete, Führungskräfte und Mitarbeiter der Personalverwaltung Schulungen an, darunter spezielle Veranstaltungen zum Gedenken an den Holocaust, und organisiert eine jährliche Schulung zum Thema „Unmasking modern antisemitism“ (Aufdeckung von modernem Antisemitismus). Die Kommission erleichtert die Anwendung flexibler Arbeitsregelungen, um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Einhaltung religiöser Feiertage zu ermöglichen, und bereitet derzeit eine Ausweitung der bereits bestehenden Flexibilität vor.

## **3. SCHUTZ UND FÖRDERUNG JÜDISCHEN LEBENS IN DER EU**

Sicherheit ist eine Voraussetzung für ein lebendiges jüdisches Leben. Während im Jahr 2018 noch 45 % der jüdischen Menschen angaben, über eine Auswanderung nachzudenken, weil sie sich als jüdische Menschen in der EU nicht sicher fühlten, ist dieser Wert in der ersten Hälfte des Jahres 2023 auf 41 % zurückgegangen.<sup>68</sup> Der Ausbruch antisemitischer Angriffe auf jüdische Menschen und jüdische Einrichtungen im Anschluss an die Angriffe der Hamas vom 7. Oktober 2023 hat die Sicherheitslage für jüdische Menschen in der EU jedoch erheblich verschlechtert. Infolgedessen beschleunigte die Kommission die Umsetzung der EU-Strategie und erhöhte die Mittel zur Unterstützung der Sicherheit jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen.

### **3.1 Bekämpfung von gegen Juden gerichtetem gewaltbereitem Extremismus und Terrorismus**

Die Kommission hat betont, dass die nationalen Behörden für den Schutz aller Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind. In dieser Hinsicht ist es von entscheidender Bedeutung, eng mit jüdischen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten, damit deren Bedenken hinsichtlich ihrer Sicherheit ausgeräumt werden können. Nach den Angriffen vom 7. Oktober hat die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und anderen maßgeblichen Akteuren auch auf allen verfügbaren Ebenen die Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von gewaltorientiertem Extremismus und Terrorismus ausgeweitet.

---

<sup>66</sup> [Spezielles Eurobarometer SP535: Diskriminierung in der Europäischen Union.](#)

<sup>67</sup> [Der Mensch im Mittelpunkt – Vielfalt und Inklusion.](#)

<sup>68</sup> [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Erhebung über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus](#) (in englischer Sprache).

Ergänzend zu den nationalen Maßnahmen hat die Kommission am 21. Dezember 2023 eine neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit vorgelegt, deren Schwerpunkt auf dem Schutz des öffentlichen Raums und von Gebetsstätten vor Terrorismus liegt. Die Aufforderung sieht 5 Mio. EUR zur gezielten Finanzierung von Projekten zum Schutz jüdischer Gebetsstätten, Schulen und Gemeindezentren vor.<sup>69</sup> Im Dezember desselben Jahres leitete das Sicherheitsnetz für Hochrisikofälle eine Bestandsaufnahme der Maßnahmen ein, die von den Mitgliedstaaten zum besseren Schutz der jüdischen Gemeinschaften ergriffen wurden.

**Tschechien:** Die Regierung Tschechiens hat offiziell einen jährlichen Beitrag von 6,5 Mio. CZK (ca. 260 000 EUR pro Jahr) zur Unterstützung des Schutzes jüdischer Gemeinschaften genehmigt. Empfänger der Finanzmittel ist der Verband Jüdischer Gemeinschaften der Tschechischen Republik. Diese finanzielle Verpflichtung ist durch eine amtliche Urkunde abgesichert, die bis 2029 in Kraft bleibt.

Seit der Annahme der EU-Strategie hat die Kommission außerdem auf der Grundlage des EU-Leitfadens für einen besseren Schutz von Gebetsstätten<sup>70</sup> zwei spezielle EU-Sicherheitsberatungsmissionen<sup>71</sup> für jüdische Gemeinschaften organisiert. Darüber hinaus organisierte die Kommission gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und dem Jüdischen Weltkongress eine Reihe von Veranstaltungen, an denen nationale Strafverfolgungsbehörden, Sicherheitsbehörden und jüdische Gemeinschaften teilnahmen.<sup>72</sup>

Im Rahmen des EU-Internetforums (EUIF) berief die Kommission am 13. Oktober 2023 ein Treffen mit Vertretern der Internetbranche<sup>73</sup>, von Europol und der Mitgliedstaaten sowie ihrer nationalen Strafverfolgungsbehörden ein, um sich über die großen Mengen terroristischer, gewaltorientierter, extremistischer und schädlicher Inhalte, einschließlich antisemitischer Inhalte, die nach den Angriffen vom 7. Oktober im Internet verbreitet werden, auszutauschen. Außerdem wurden durch mehrere Treffen zwischen Europol und den Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten koordinierte Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung gewaltorientierter extremistischer und terroristischer Inhalte im Internet unterstützt.<sup>74</sup> Zudem veranstaltete Europol am 27. Juni 2024 einen Tag für die Meldung von Internetinhalten, um antisemitische Inhalte im Internet zu ermitteln und zu bekämpfen.<sup>75</sup>

**Dänemark:** Nach dem 7. Oktober 2023 leitete die Nationalpolizei Dänemarks verstärkte Maßnahmen ein, um antisemitische Angriffe und Verbrechen zu verhindern, davon abzuhalten und zu untersuchen sowie für die Sicherheit jüdischer Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Die Polizei hat ihren Schwerpunkt verstärkt auf die Sicherheit israelischer, jüdischer und palästinensischer Interessen und Aktivitäten in Dänemark gelegt.

<sup>69</sup> Anlässlich der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit im Jahr 2022 stellte die Kommission 8,3 Mio. EUR für Projekte zur Verbesserung des Schutzes religiöser Stätten bereit. Im Rahmen der Aufforderung im Jahr 2020 hatte sie 14,5 Mio. EUR bereitgestellt. Ein Beispiel eines finanzierten Projekts ist „Safer and Stronger Communities in Europe“ (Sicherere und stärkere Gemeinschaften in Europa), das vom Sicherheits- und Krisenzentrum des Europäischen Jüdischen Kongresses durchgeführt wird. Dieses mit 2,5 Mio. EUR ausgestattete Projekt ermöglichte es, 1 000 Gebetsstätten in Europa mit Notfall-Tablets auszurüsten. [ISF-2024-TF2-AG-PROTECT-jewish-places-worship](#) (in englischer Sprache).

<sup>70</sup> [EU-Leitfaden für einen besseren Schutz von Gebetsstätten](#) (in englischer Sprache).

<sup>71</sup> Die Missionen auf der Grundlage des Leitfadens der Kommission für einen besseren Schutz von Gebetsstätten wurden im Jahr 2022 in Schweden und Polen durchgeführt.

<sup>72</sup> Veranstaltungen wurden in Estland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Nordmazedonien und Moldau organisiert.

<sup>73</sup> [Liste der Mitglieder des EU-Internetforums und weitere Informationen](#) (in englischer Sprache).

<sup>74</sup> Die Kommission stellte ein Informationspaket zur Unterstützung der Erkennung terroristischer Inhalte bereit und informierte über die Instrumente, die den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, um die Verbreitung gewaltorientierter extremistischer und terroristischer Inhalte, einschließlich antisemitischer Inhalte, zu verhindern. Die EU-Meldestelle für Internetinhalte (EU IRU) von Europol stellte, insbesondere für kleinere Plattformen, ein aktualisiertes „Paket zur Erkennung terroristischer Inhalte im Internet“ bereit, um die freiwillige Moderation von Inhalten durch Unternehmen zu unterstützen.

<sup>75</sup> [Europol veranstaltet Aktionstag zur Meldung von antisemitischen Inhalten im Internet mit dem Ziel, antisemitische Inhalte im Internet zu erkennen und zu bekämpfen](#) (in englischer Sprache).

Seit dem 7. Juni 2022 ist die Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte in Kraft. Am 14. Februar 2024 nahm die Kommission einen Bericht über die Umsetzung der Verordnung<sup>76</sup> an, aus dem hervorgeht, dass die Verordnung nach den Terroranschlägen vom 7. Oktober tatsächlich dazu beigetragen hat, die Verbreitung terroristischer Inhalte im Internet zu verhindern.<sup>77</sup> Am 7. März 2024 organisierten die Kommission und Europol eine Übung, um die Umsetzung des freiwilligen EU-Krisenprotokolls zusammen mit den einschlägigen Verpflichtungen und operativen Verfahren im Rahmen der Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte zu testen. Dabei wurden die neuen Herausforderungen bei der Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte berücksichtigt, die sich aus den Anschlägen ergeben.

Das Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung (RAN) setzte sich verstärkt dafür ein, dem Thema „Antisemitismus als Teil fast aller extremistischen Ideologien und Narrative“<sup>78</sup> durch einen Workshop und die Veröffentlichung des Berichts „Approaches to addressing antisemitism in European Preventing and Countering Violent Extremism (P/CVE)“<sup>79</sup> (Ansätze zur Bekämpfung von Antisemitismus in der europäischen Prävention und Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus) Rechnung zu tragen. Das Netzwerk befasste sich außerdem mit den Auswirkungen der Angriffe vom 7. Oktober auf jüdische Gemeinschaften<sup>80</sup> in der EU und unterstützte die Mitgliedstaaten nach den Anschlägen sowohl online als auch offline bei ihren strategischen Kommunikationsbemühungen. Das von der Kommission im Juni 2024 eingerichtete EU-Wissenszentrum zur Prävention von Radikalisierung,<sup>81</sup> welches das Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung (RAN) ersetzt, überwacht und analysiert weiterhin die extremistischen Narrative, die sich aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt in Europa ergeben.

Darüber hinaus hat die Kommission Anfang 2024 unter der gemeinsamen Leitung Deutschlands und Österreichs mit zwölf Mitgliedstaaten eine projektbasierte Zusammenarbeit zum Thema Antisemitismus bei der Prävention und Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus eingeleitet, um der zunehmenden Radikalisierung entgegenzuwirken.

### **3.2 Förderung jüdischen Lebens sowie der Religions- und Glaubensfreiheit**

Als direkte Folge der Shoah sind die jüdischen Gemeinschaften heute klein und machen in jedem EU-Land deutlich weniger als 1 % der Bevölkerung aus. Die Förderung jüdischen Lebens ist daher eine moralische Verpflichtung und steht im Mittelpunkt der Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus. Dies bedeutet, dass jüdische Menschen die Freiheit haben, jüdische Feiertage und Gedenktage zu begehen und ihr Judentum durch spezifische kulturelle und religiöse Gebräuche zum Ausdruck zu bringen.

Zur Unterstützung jüdischen Lebens müssen auf allen Ebenen der Gesellschaft Initiativen ergriffen werden. Die Kommission hat eine Studie in Auftrag gegeben, um auf regionaler und lokaler Ebene bewährte Verfahren zur Bekämpfung von Antisemitismus zu erfassen und einen Leitfaden für

---

<sup>76</sup> [Bericht über die Umsetzung der Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte](#) (in englischer Sprache).

<sup>77</sup> Nach den Angriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 übermittelte die zuständige deutsche Behörde bis zum 31. Dezember 2023 in 249 Fällen Entfernungsanordnungen, die meisten davon an Telegram. Überdies haben bis zum 13. Mai 2024 bereits 24 Mitgliedstaaten zuständige Behörden für den Erlass von Entfernungsanordnungen benannt. Mehr als 350 Entfernungsanordnungen wurden erlassen.

<sup>78</sup> [Arbeitsgruppe „Kommunikation und Narrative“ des Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung: Antisemitismus als Teil fast aller extremistischen Ideologien und Narrative, Onlinebesprechung am 29./30. März 2022](#) (in englischer Sprache).

<sup>79</sup> [Ansätze zur Bekämpfung von Antisemitismus im Rahmen der europäischen Prävention und der Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus](#), veröffentlicht am 22. März 2023 (in englischer Sprache).

<sup>80</sup> In der [Aktualisierung 117 für RAN-Praktiker](#) (in englischer Sprache).

<sup>81</sup> [EU-Wissenszentrum zur Prävention von Radikalisierung](#) (in englischer Sprache).

bewährte Verfahren zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang fanden im Jahr 2023 in drei verschiedenen Städten<sup>82</sup> für örtliche Beamte Schulungen zur Bekämpfung von Antisemitismus statt. Die Euro-Chanukka-Feier, die vom European Jewish Community Centre und der European Jewish Association im Herzen des Europaviertels in Brüssel ausgerichtet wird, ist eine Gelegenheit, das jüdische Leben in der Öffentlichkeit zu feiern, und bietet der Präsidentin der Kommission und dem Kollegium der Kommissionsmitglieder die Möglichkeit, daran teilzunehmen.<sup>83</sup> Die Kommission hat außerdem mit den Vorbereitungen für eine Sensibilisierungskampagne begonnen, um das Wissen über jüdisches Leben und die Bekämpfung von Antisemitismus und Hass in der breiten Öffentlichkeit zu verbessern.

**Spanien:** Alle zwei Jahre organisiert das Centro Sefarad-Israel, das vom spanischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, die Europäische Union und Zusammenarbeit gegründet wurde und unterstützt wird, den Erensyia-Gipfel, der jedes Mal in einem anderen Land stattfindet. Ziel des Gipfels ist es, das Erbe der jüdischen Wurzeln Spaniens lebendig zu halten, indem jüdische sephardische Gemeinschaften und Einrichtungen aus aller Welt zu einem Austausch über Projekte und zur Vertiefung des Wissens über das sephardische Erbe zusammenkommen, und ein Kooperationsprogramm auszubauen, das kulturelle, soziale und akademische Initiativen umfasst.

Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass jüdische Menschen ihr Recht wahrnehmen können, ihre Religion im Einklang mit ihren Traditionen auszuüben. Der Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zufolge gaben 68 % der jüdischen Menschen in Europa an, dass ein Verbot des traditionellen Schächtings für sie ein „sehr großes“ oder „eher großes“ Problem darstellen würde, und 35 % haben in ihrem Land von Vorschlägen seitens nichtjüdischer Menschen gehört, dieses zu verbieten.<sup>84</sup>

Die Mitgliedstaaten können unterschiedliche Vorschriften für rituelle Schlachtung erlassen, wobei sie ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Achtung der Religionsfreiheit und dem Tierschutz wahren müssen.<sup>85</sup> Der Dialog mit den Gemeinschaften, die möglicherweise von den einschlägigen Rechtsvorschriften betroffen sind, ist sehr wichtig. Daher unterstützte die Kommission im Oktober 2022 eine Konferenz zum Thema „Religionsfreiheit in Bezug auf rituelle Schlachtung“, an der Vertreter der EU-Mitgliedstaaten sowie Vertreter nationaler jüdischer, muslimischer und christlicher Gemeinschaften teilnahmen. Vertreter der Gemeinschaften äußerten ihre Bedenken hinsichtlich potenziell restriktiver Rechtsvorschriften, die sowohl Koscher- als auch Halal-Schlachtungen behindern.<sup>86</sup>

**Finnland:** Mit dem am 23. März 2023 verabschiedeten finnischen Tierschutzgesetz wird der Tierschutz in Finnland modernisiert. Nach diesem Gesetz muss das Töten oder Schlachten eines Tieres so schnell wie möglich und auf die schmerzloseste Weise erfolgen. Gleichzeitig wird die Religions- und Weltanschauungsfreiheit gewahrt, indem religiöse (Koscher- und Halal-)Schlachtungen erlaubt sind, solange die Schlachtung in Schlachthäusern in Anwesenheit eines überwachenden Tierarztes erfolgt. Dieser Rechtsgrundsatz ist für die jüdischen und muslimischen Gemeinschaften Finnlands von entscheidender Bedeutung.

---

<sup>82</sup> Bologna, Brüssel und Nizza.

<sup>83</sup> [Präsidentin von der Leyen entzündet Kerze des Euro-Chanukka-Leuchters, in Begleitung von Vizepräsident Schinas, 2023.](#)

<sup>84</sup> [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Erhebung über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus](#) (in englischer Sprache).

<sup>85</sup> Urteil in der Rechtssache C-336/19 Centraal Israëlitisch Consistorie van België u. a.

<sup>86</sup> [Zusammenfassender Bericht – Religionsfreiheit in Bezug auf rituelle Schlachtung, 20. Oktober 2022](#) (in englischer Sprache).

Die Bekämpfung von Antisemitismus durch Sport kann als wirksame Präventionsmaßnahme dienen.<sup>87</sup> Im Juni 2022 unterzeichneten und verabschiedeten die Kommission und die Union der Europäischen Fußballverbände (UEFA) die dritte Kooperationsvereinbarung.<sup>88</sup> Eines der Hauptziele ist die Förderung der europäischen Werte durch die positive Wirkung des Fußballs, was sich in der Betonung der Bedeutung des Fußballs bei der Prävention und Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus in Europa niederschlägt.

**Italien:** Zur Bekämpfung von Antisemitismus im Sport wurde am 27. Juni 2023 vom italienischen Innenminister, dem Minister für Sport und Jugend, dem nationalen Koordinator für die Bekämpfung von Antisemitismus, dem italienischen Fußballverband und von der Union der jüdischen Gemeinschaften Italiens eine „Absichtserklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus im Fußball“ unterzeichnet. Die Erklärung bezieht sich auf die IHRA-Definition von Antisemitismus, verbietet Spielern ausdrücklich das Tragen des Trikots mit der Nummer 88 und sieht im Falle antisemitischer Handlungen bei Fußballspielen die sofortige Aussetzung der Fußballwettbewerbe vor.

### 3.3 Schutz des jüdischen Kulturerbes

Das materielle und das immaterielle jüdische Kulturerbe sind integrale Bestandteile der europäischen Kultur. Die Auslöschung jüdischer Gemeinschaften während des Holocaust änderte das Gesicht Europas und hinterließ zahlreiche verlassene Gebäude, Friedhöfe und andere Stätten jüdischen Kulturerbes, die sich oft in einem schlechten Zustand befinden oder vom Verfall bedroht sind.

Mit dem EU-Preis für das Kulturerbe / Europa Nostra Award, einem Preis, der im Rahmen des Programms Kreatives Europa der Kommission verliehen wird, wird die Vielfalt des Kulturerbes, einschließlich der jüdischen Kultur, anerkannt und gewürdigt. Durch die Auszeichnung wird die Bedeutung der Wiederherstellung und Bewahrung des jüdischen Kulturerbes und der jüdischen Traditionen sowie des Gedenkens daran hervorgehoben. Ein besonderes Engagement gilt dabei der Sensibilisierung und dem Gedenken an die Opfer des Holocaust. Ein Beispiel ist die einzigartige

**Bulgarien:** Die kommunalen Behörden und das bulgarische Ministerium für Kultur haben mit finanzieller Unterstützung der EU die Synagoge von Vidin, eine der größten Synagogen der Region, renoviert. Während der Zeit des Kommunismus war sie verfallen und wurde am 4. September 2023 als Museum und Mehrzweck-Kulturzentrum wiedereröffnet und dem in Vidin geborenen jüdischen Maler Jules Pascin (1885-1930) gewidmet. Außerdem wurde sie von zwei Rabbinern geweiht und kann für religiöse Zwecke genutzt werden.

Veranstaltung TISH Jewish Food Festival, bei dem die Kultur und Geschichte polnischer Juden im Rahmen der Feier des jüdischen kulinarischen Erbes präsentiert wird.<sup>89</sup>

Die Sensibilisierung für das jüdische Kulturerbe in ganz Europa ist systematisch in die Arbeitsprogramme der europäischen Tage des Kulturerbes integriert und wird im Rahmen des Geschichtenwettbewerbs der europäischen Tage des Kulturerbes erwähnt. Die nationalen Koordinatoren der europäischen Tage des Kulturerbes wurden dazu aufgefordert, ein Projekt zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der jüdischen Kultur und des jüdischen Erbes zu entwickeln.

---

<sup>87</sup> Siehe Umfrage des von der EU finanzierten Projekts „Building Bridges“: Erkenntnisse über die Bekämpfung von Antisemitismus durch Fußball [6cea.pdf \(whatmatters.de\)](#) (in englischer Sprache).

<sup>88</sup> [Europäische Kommission und UEFA unterzeichnen dritte Kooperationsvereinbarung](#) (in englischer Sprache).

<sup>89</sup> [EU-Preis für das Kulturerbe / Europa Nostra Award: TISH Jewish food festival](#) (in englischer Sprache).



**Estland:** In Tallinn wurde das Gelände des zerstörten alten jüdischen Friedhofs am 12. Oktober 2023 als Gedenkstätte und Park wiedereröffnet. Der Friedhof war in den 1960er-Jahren von den sowjetischen Behörden zerstört worden. Das Sanierungsprojekt kostete 1,6 Mio. EUR, und die jüdische Gemeinschaft war eng in die Diskussionen über die Zukunft des Geländes eingebunden.

Seit Juli 2022 erhalten junge Menschen, die mit DiscoverEU<sup>90</sup> reisen, eine Rabattkarte, mit der sie Ermäßigungen auf kulturelle Besuche in ganz Europa in Anspruch nehmen können, unter anderem in einigen jüdischen Museen und Kulturzentren. Im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ erhielt das Projekt „European week of Jewish culture“ (Europäische Woche jüdischer Kultur) Mittel in Höhe von 400 000 EUR.

Im Rahmen der EU-Strategie fordert die Kommission Städte auf, sich im Kontext einer Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ mit der Geschichte ihrer Minderheiten, einschließlich der Geschichte der jüdischen Gemeinschaft, zu befassen. Im Jahr 2022 nahm Kaunas, Litauen, als Kulturhauptstadt Europas das jüdische Festival sowie eine Reihe weiterer Projekte, die sich mit dem tragischen Schicksal seiner jüdischen Gemeinschaft während des Zweiten Weltkriegs befassten, in das offizielle Programm auf. Im Jahr 2024 nutzte Bad Ischl in Österreich sein Jahr als Kulturhauptstadt Europas, um im Rahmen von kulturellen Gedenkveranstaltungen das florierende Leben seiner jüdischen Gemeinschaft in den 1920er- und 1930er-Jahren und ihr Verschwinden durch den Nationalsozialismus zu thematisieren.

Das die Länder Moldau, Ukraine, Georgien, Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien umfassende Projekt zur digitalen Erfassung jüdischer Kulturgüter<sup>91</sup> zielte darauf ab, die Datenbank der geplünderten jüdischen Kulturgüter um neue Sammlungen zu erweitern. Das Hauptziel der European Jewish Cemeteries Initiative<sup>92</sup> (Europäische Initiative für Jüdische Friedhöfe) ist die Erhaltung jüdischer Friedhöfe in ganz Europa, insbesondere in den Regionen, die von den verheerenden Folgen der Shoah betroffen waren.

## **4. BILDUNG, FORSCHUNG UND GEDENKEN**

Kenntnisse über das jüdische Leben in Europa im Laufe der Jahrhunderte, über die Auswirkungen von Antisemitismus und Holocaust auf das jüdische Volk und über den europäischen Kontinent sind unerlässlich, um die Gefahr des heutigen Antisemitismus zu verstehen.

### **4.1 Bildung und Forschung in den Bereichen Antisemitismus und jüdisches Leben**

Ziel der EU-Strategie ist es, die Prävention von Antisemitismus in allen maßgeblichen Politikbereichen durchgängig zu berücksichtigen. Dazu gehört auch die Entwicklung neuer Instrumente für Bildung und Forschung in ganz Europa. Die Arbeitsgruppe für Gleichstellung und Werte in der allgemeinen und beruflichen Bildung<sup>93</sup> befasste sich auf ihrer Sitzung am 9. Juni 2023 mit dem Thema Antisemitismus. Am 10. Oktober 2023 veröffentlichte die Kommission den Bericht „Promoting diversity and inclusion in schools in Europe“ (Förderung von Vielfalt und Integration in Schulen in Europa), der Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus in der Bildung enthält.<sup>94</sup>

Das Netz „Junge Europa-Botschafter zur Förderung des Holocaust-Gedenkens“ unter der Leitung des Mémorial de la Shoah in Paris wurde am 16. November 2022 anlässlich des Forums der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens ins Leben gerufen. Junge Europäerinnen und Europäer werden darin geschult, genaue Informationen über den

<sup>90</sup> [DiscoverEU | Europäisches Jugendportal](#).

<sup>91</sup> [Projekt zur digitalen Erfassung jüdischer Kulturgüter](#) (in englischer Sprache).

<sup>92</sup> [Europäische Initiative für Jüdische Friedhöfe](#) (in englischer Sprache).

<sup>93</sup> [Arbeitsgruppen im strategischen Rahmen des europäischen Bildungsraums](#) (in englischer Sprache).

<sup>94</sup> [Förderung von Vielfalt und Integration in Schulen in Europa](#) (in englischer Sprache).



Holocaust einzuholen und auszutauschen, Holocaust-Gedenkveranstaltungen in ihrem lokalen Umfeld, wie Schulen und Universitäten, auszurichten und Verfälschungen des Holocaust im Internet zu erkennen und zu bekämpfen.

Mit Finanzmitteln der Europäischen Kommission und der Unterstützung des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte startete die UNESCO am 3. April 2023 ein zweijähriges gemeinsames Projekt, das sich auf zwölf Mitgliedstaaten erstreckt, zur Bekämpfung des zunehmenden Antisemitismus durch Bildung in Europa.<sup>95</sup>

**Frankreich:** Am 30. Januar 2023 führte Frankreich für alle Schülerinnen und Schüler Gedenkstättenbesuche zum Thema Antisemitismus, Rassismus oder Antiziganismus ein. Diese Besuche sind für Kinder der Primar- und Sekundarstufe im Alter von 9 bis 11 Jahren geplant. Ebenso ist eine umfassendere Schulung des gesamten Lehrpersonals zu diesen Themen vorgesehen.

Zur Unterstützung der Einrichtung eines „Europäischen Forschungszentrums für modernen Antisemitismus und jüdisches Leben“ veröffentlichte die Kommission am 31. März 2023 den Bericht „The field of research on contemporary antisemitism and Jewish life“<sup>96</sup> (Der Forschungsbereich des modernen Antisemitismus und jüdischen Lebens). Der Strategieplan für Horizont Europa 2025-2027 sieht vor, dass „die finanzierten Maßnahmen die Einrichtung eines europäischen Forschungszentrums für modernen Antisemitismus, jüdisches Leben und jüdische Kultur unterstützen sollen“. Im Rahmen des Programms Erasmus+ werden Projekte finanziert, die für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung des Gedenkens an den Holocaust relevant sind und Aktivitäten unterstützen, die Toleranz, die Achtung der Menschenrechte und den interkulturellen Dialog fördern.<sup>97</sup>

Am 11. Juli 2024 wurden die Ergebnisse der dritten Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte über die Erfahrungen jüdischer Menschen mit Antisemitismus veröffentlicht. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte veröffentlicht jedes Jahr einen Überblick über antisemitische Vorfälle.<sup>98</sup> Die Kommission hat außerdem mit der Vorbereitung der Erhebung der EU zu antisemitischen Einstellungen begonnen.

#### 4.2 Bildung, Forschung und Gedenken im Kontext des Holocaust

Der Holocaust ist ein prägendes Vermächtnis der europäischen Geschichte, in dessen Zuge sechs Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer sowie Hunderttausende Roma ermordet wurden. Viele andere Opfer litten ebenfalls unter der Verfolgung durch die Nazis.

Seit vielen Jahrzehnten haben Tausende von Überlebenden der Shoah der Öffentlichkeit gedient und die europäische Demokratie gestärkt, indem sie die Zeugnisse ihres schmerzhaften Überlebens teilten. Berichte über den Holocaust aus erster Hand haben nach wie vor die größte Wirkung auf nachfolgende Generationen. In Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, neue Wege zu finden, um den Holocaust zu gedenken, die Opfer zu ehren und sicherzustellen, dass die daraus gewonnenen Erkenntnisse von allen in Europa lebenden Menschen verinnerlicht werden.

---

<sup>95</sup> [UNESCO und Europäische Kommission starten Projekt zur Bekämpfung des zunehmenden Antisemitismus durch Bildung](#) (in englischer Sprache).

<sup>96</sup> [Der Forschungsbereich des modernen Antisemitismus und jüdischen Lebens: Aufbau eines Europäischen Forschungszentrums](#) (in englischer Sprache).

<sup>97</sup> [Ergebnisse des Projekts Erasmus+](#) (in englischer Sprache).

<sup>98</sup> [Antisemitismus im Jahr 2022 – Überblick über antisemitische Vorfälle in der EU](#) (in englischer Sprache).

**Rumänien:** Mit dem Schuljahr 2023/2024 ist in Rumänien das Wahlfach „Geschichte der Juden. Der Holocaust“ eingeführt worden (1 Stunde pro Woche für 1 Jahr in der 11. oder 12. Klasse). Damit ist Rumänien das erste EU-Land, das ein solches Fach anbietet. Der Lehrplan wurde vom Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit einschlägigen Interessenträgern erstellt und umfasst Fallstudien, die von Vertretern der jüdischen Gemeinschaften in Rumänien vorgeschlagen wurden und das Ausmaß und die Besonderheit des Holocaust in Rumänien deutlich widerspiegeln.

In Anlehnung an die EU-Strategie richtete die Kommission ihre eigene Holocaust-Gedenkveranstaltung ein. Gemeinsam mit der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) und den EU-Ratsvorsitzen (Schweden, 2023, und Belgien, 2024) beging die Kommission den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar mit einer Konferenz, an der Vertreter der jüdischen Gemeinschaft und Überlebende, die EU-Führung und Fachleute teilnahmen.<sup>99</sup>

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags 2024 veröffentlichte die Kommission eine öffentliche Ausschreibung zur Einrichtung eines europaweiten Netzes von Stätten, an denen sich der Holocaust ereignet hat (3 Mio. EUR).<sup>100</sup> Da immer weniger Überlebende über ihre persönliche Geschichte berichten können, gewinnen Gedenkstätten zunehmend an Bedeutung. Ziel des Netzes ist es, den Austausch über bewährte Verfahren sicherzustellen und die Zusammenarbeit zwischen den Gedenkstätten zu unterstützen.

Die Europäische Kommission hat die Europäische Holocaust-Forschungsinfrastruktur (EHRI)<sup>101</sup> im Zeitraum von 2010 bis 2025 mit über 26 Mio. EUR unterstützt. Als weltweit größte von der EU finanzierte Forschungsinitiative zum Holocaust unterstützt die EHRI transnationale Forschung, Gedenken und Bildung im Zusammenhang mit dem Holocaust, indem sie Quellen, Einrichtungen und Menschen zusammenführt. Sie vollzieht nunmehr den Wandel von einem von der EU finanzierten Projekt in eine dauerhafte Organisation, die bis Januar 2025, dem 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau, voll funktionsfähig sein dürfte.

Die von der IHRA am 30. November 2023 verabschiedete Charta der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken zur Bewahrung historischer Stätten enthält Grundsätze, Verpflichtungen und die Empfehlung bewährter Verfahren, um die Bewahrung von Stätten des Holocaust sowie des Völkermordes an den Sinti und Roma und von Stätten, die mit den Verbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Mittäter in Verbindung stehen, zu fördern.<sup>102</sup>

**Kroatien:** Im September 2024 beschloss die kroatische Regierung, die Gedenkstätte Jasenovac zu modernisieren und sie mit den in der Charta der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken zur Bewahrung historischer Stätten festgelegten Verfahren in Einklang zu bringen. Zudem ernannte sie eine neue Führung, die dies umsetzen soll.

Im Rahmen des Aktionsbereichs „Geschichtsbewusstsein“ des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ unterstützt die Kommission die Rahmenpartner Mémorial de la

<sup>99</sup> [Konferenz zum Gedenken an den Holocaust 2023: Die Vergangenheit in Erinnerung behalten. Die Zukunft gestalten](#) (in englischer Sprache).

[Konferenz zum Gedenken an den Holocaust 2024: Die Vergangenheit in Erinnerung behalten. Die Zukunft gestalten](#) (in englischer Sprache).

<sup>100</sup> [Einrichtung eines Sekretariats zum Aufbau und zur Unterstützung der Arbeit des Europäischen Netzes von Orten, an denen sich der Holocaust ereignet hat](#) (in englischer Sprache).

<sup>101</sup> [EHRI](#) (in englischer Sprache).

<sup>102</sup> [Charta der IHRA zur Bewahrung historischer Stätten](#).

Shoah, Centropa, Paidea, ENRS, EUROM, Yahad-un-Unum und EuroClio bei der Förderung des Gedenkens an den Holocaust. Überdies wurden die Mittel für maßnahmenbezogene Finanzhilfen für Gedenkprojekte von 4,5 Mio. EUR im Jahr 2021 auf fast 11 Mio. EUR im Jahr 2023 aufgestockt. Die Hälfte der gewährten Mittel betraf Projekte, deren Schwerpunkt auf dem Gedenken an den Holocaust lag.

### 4.3 Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust

Die Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust sind 80 Jahre nach dem Ende der Shoah bedauerlicherweise weitverbreitete Phänomene. Der Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte aus dem Jahr 2023 zufolge waren 79 % der jüdischen Menschen mit der Leugnung, Verharmlosung oder Verfälschung der historischen Fakten des Holocaust konfrontiert, und mehr als zwei Drittel (71 %) der Befragten waren „Vorwürfen ausgesetzt, Juden würden ihre Opferrolle im Holocaust ausnutzen“.<sup>103</sup>

Der Rahmenbeschluss zur strafrechtlichen Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus dem Jahr 2008 enthält strenge Rechtsvorschriften, welche die Billigung, Leugnung oder gröbliche Verharmlosung des Holocaust verbieten. Von den 13 Vertragsverletzungsverfahren, die gegen Mitgliedstaaten eingeleitet wurden, stehen sieben Fälle<sup>104</sup> unter anderem im Zusammenhang mit der Nichtumsetzung oder nicht ordnungsgemäßen Umsetzung der Bestimmungen, die die Billigung, Leugnung oder gröbliche Verharmlosung des Holocaust unter Strafe stellen, wenn das Verhalten in einer Weise erfolgt, die wahrscheinlich zu Gewalt oder Hass gegen eine Gruppe oder ein Mitglied einer solchen Gruppe im Hinblick auf die dort aufgeführten geschützten Merkmale aufstachelt.

Die Kommission hat sich auf Sitzungen und Veranstaltungen aktiv für die IHRA-Definition zur Leugnung und Verfälschung des Holocaust eingesetzt und sie auf ihrer Website veröffentlicht. Die IHRA selbst veröffentlichte ein Instrumentarium gegen Verfälschungen des Holocaust<sup>105</sup> und Empfehlungen für politische und andere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger<sup>106</sup>.

**Portugal:** Das im Jahr 2023 in Portugal entwickelte Programm „Never Forget“ konzentrierte sich auf das Thema der Vernichtung und Verfolgung von Millionen jüdischer Menschen und anderer Opfer des Nazi-Regimes sowie auf das mutige Handeln portugiesischer Retterinnen und Retter, die, wie der Diplomat Aristides de Sousa Mendes und andere, Risiken auf sich nahmen, um die Opfer der Politik der Verfolgung durch die Nazis zu schützen. Das Programm richtet sich an Pädagogen, Rechtsanwälte, Diplomaten und öffentliche Bedienstete.

Im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ unterstützte die Kommission die UNESCO mit 200 000 EUR, um Journalisten und Lehrkräfte in der Bekämpfung von Verfälschungen des Holocaust zu schulen und gemeinsam mit der IHRA Kampagnen, wie beispielsweise die Kampagne „#ProtectTheFacts“, zu entwickeln. Durch das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ finanzierte Projekte wie „Facing Historical and Holocaust Distortion Now“ zielen ebenfalls darauf ab, die Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust zu bekämpfen.

## 5. DEN WELTWEITEN KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS ANFÜHREN

<sup>103</sup> [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Erhebung über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus](#) (in englischer Sprache).

<sup>104</sup> Bulgarien, Estland, Finnland, Litauen, die Niederlande, Portugal und Schweden.

<sup>105</sup> [Instrumentarium gegen Verfälschungen des Holocaust](#) (in englischer Sprache).

<sup>106</sup> [Empfehlungen für politische und andere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger](#).

Mit dieser Strategie bekräftigte die EU ihr entschlossenes und unmissverständliches Engagement für den weltweiten Kampf gegen Antisemitismus. Dies steht in vollem Einklang mit dem entschlossenen Engagement der EU für die weltweite Förderung und den Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

### **5.1 Nutzung aller Instrumente zur Bekämpfung von Antisemitismus über das auswärtige Handeln der EU**

Der Angriffskrieg Russlands hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die ukrainische jüdische Gemeinschaft, die mit bis zu 200 000 Menschen die viertgrößte jüdische Gemeinschaft in Europa und die elftgrößte der Welt ist. Wie alle ukrainischen Bürgerinnen und Bürger hat auch die jüdische Gemeinschaft massiv unter dem Krieg gelitten, und viele Menschen wurden vertrieben. Die EU unterstützte den Verband Jüdischer Gemeinschaften in der Ukraine mit 1,5 Mio. EUR für die Mobilisierung von 1 500 Freiwilligen im Netzwerk des Verbands, um in den drei Monaten nach Beginn der Invasion schätzungsweise 4 000 Lebensmittelpakete bereitzustellen und mindestens 4 500 Personen aus 180 Gemeinschaften in der gesamten Ukraine zu evakuieren.

**Ungarn:** Angesichts des Zustroms jüdischer Flüchtlinge aus der Ukraine richteten die Vereinigte Ungarische Jüdische Kongregation und der Ukrainische Verband Jüdischer Kongregationen in Zusammenarbeit mit den ungarischen Behörden im April 2022 langfristige Unterkünfte für 600 jüdische Flüchtlinge ein. Das Zentrum stellt koschere Lebensmittel zur Verfügung, und die Bewohner können die Jeschiwa besuchen, um theologische Studien zu betreiben.

Die EU strebt eine enge Zusammenarbeit mit allen einschlägigen internationalen Organisationen an und will alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um den Antisemitismus auf internationaler Ebene durch politischen Austausch und Menschenrechtsdialoge sowie durch eine umfassendere Kooperation mit Partnerländern außerhalb der EU zu bekämpfen.

Die Bekämpfung von Antisemitismus ist Teil der Unterstützung der EU durch EU-Finanzmittel auf globaler und nationaler Ebene zur Förderung des Rechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der EU. Bis Ende 2024 wird die Kommission im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit zwei Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 5,5 Mio. EUR zur Unterstützung verschiedener Dimensionen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit zur Verfügung stellen.

Der Sonderbeauftragte für die Förderung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union äußerte mit Blick auf die Religions- und Weltanschauungsfreiheit Bedenken. Die Menschenrechtsdialoge mit Ländern im Nahen Osten und in Nordafrika boten die Möglichkeit, bei mehreren Gelegenheiten darauf hinzuweisen, dass in die Lehrpläne Programme zum Thema Holocaust aufgenommen werden müssen. Die EU-Delegationen haben sich zudem mit religiösen Organisationen getroffen, unter anderem auch mit jüdischen Organisationen der Zivilgesellschaft, wann immer dies gewünscht wurde. Mehrere EU-Delegationen weisen in ihren Berichten auf Verletzungen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit hin, auch auf die Leugnung des Holocaust.

**Griechenland:** Das griechische Außenministerium hat damit begonnen, alle seine Diplomaten an der Diplomatischen Akademie über den Holocaust und Antisemitismus zu schulen, wobei auch die Arbeitsdefinition der IHRA behandelt wird. Um die jüdische Geschichte und das heutige Leben der jüdischen Menschen kennenzulernen, besuchen sie das Jüdische Museum Griechenlands und die Synagogen von Athen.

Das hochrangige Seminar EU-Israel zur Bekämpfung von Antisemitismus wurde am 12. Juni 2023 in Jerusalem und am 7./8. Mai 2024 in Brüssel mitorganisiert. Bei dem letztgenannten Treffen bekräftigten die Kommission und Israel ihre uneingeschränkte Unterstützung für die jüdischen Gemeinschaften in Europa und den Kampf gegen alle Formen des Antisemitismus in diesen schwierigen Zeiten.

**Polen:** In der Überzeugung, dass direkte Kontakte zwischen den Menschen zum gegenseitigen Verständnis beitragen, unterzeichnete die polnische Regierung im März 2023 mit dem Staat Israel ein Abkommen über Studienaufenthalte organisierter Jugendgruppen. Auf der Grundlage des Abkommens besuchen junge Polinnen und Polen und Israelis beide Länder, erfahren mehr über ihre Geschichte und treffen sich mit Gleichaltrigen. Die Aufenthalte umfassen Besuche der Orte, an denen von Nazideutschland und seinen Kollaborateuren Holocaust-Verbrechen begangen wurden.

Die Kommission hat sich aktiv für die Förderung informeller Netzwerke von Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung von Antisemitismus eingesetzt. Auf Einladung des Jüdischen Weltkongresses führt die Kommission zweimal jährlich den gemeinsamen Vorsitz bei den weltweiten Treffen der rund 40 Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung des Antisemitismus. Nach den Anschlägen vom 7. Oktober unterzeichnete die Kommission die gemeinsame Erklärung der Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung des Antisemitismus<sup>107</sup>, in der die Regierungen aufgerufen werden, die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für jüdische Gemeinschaften zu treffen, für die Sicherheit jüdischer Menschen auf dem Campus zu sorgen, die Solidarität mit jüdischen Menschen aus der Zivilgesellschaft zu fördern und Plattformen der sozialen Medien zum Handeln aufzufordern. Die Kommission hat außerdem gemeinsam mit 42 Ländern die globalen Leitlinien zur Bekämpfung von Antisemitismus<sup>108</sup> gebilligt, in denen die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus zusammengefasst sind.

Die Kommission hat aktiv mit den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat zusammengearbeitet, um Antisemitismus weltweit zu bekämpfen. Die EU-Delegation bei den Vereinten Nationen und die Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen (UNAOC) richteten eine Informationsveranstaltung über die Bemühungen zur Bekämpfung von Antisemitismus aus.<sup>109</sup> Die Kommission nahm auch an einem überregionalen Workshop des Amts des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen zum Thema „Addressing Antisemitism: A Global Human Rights Challenge“ (Bekämpfung von Antisemitismus: Eine weltweite Herausforderung für die Menschenrechte) teil und schloss sich bei dieser von den USA moderierten Veranstaltung<sup>110</sup> der Organisation Amerikanischer Staaten, Deutschland und der Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen an.

Die EU hat aktiv an den jährlichen OSZE-Konferenzen zur Bekämpfung von Antisemitismus<sup>111</sup> teilgenommen und das Thema Antisemitismus im Rahmen der OSZE-Konferenzen zur menschlichen Dimension in Warschau zur Sprache gebracht. Die EU strebt bei Initiativen zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus eine enge Zusammenarbeit mit dem Europarat an.<sup>112</sup> So hat sie

<sup>107</sup> [Gemeinsame Erklärung der Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung von Antisemitismus](#), 6. November 2023 (in englischer Sprache).

<sup>108</sup> [Globale Leitlinien zur Bekämpfung von Antisemitismus](#), 17. Juli 2024 (in englischer Sprache).

<sup>109</sup> Ausgerichtet bei den Vereinten Nationen in New York am 15. Juni 2023.

<sup>110</sup> Nebenveranstaltung auf der 54. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen am 4. September 2024 in Genf.

<sup>111</sup> Malta (2024), Nordmazedonien 2023 und Polen 2022.

<sup>112</sup> [Schlussfolgerungen zu den Prioritäten der EU für die Zusammenarbeit mit dem Europarat \(2023-2024\)](#).

beispielsweise zur überarbeiteten Allgemeinen politischen Empfehlung zur Verhütung und Bekämpfung von Antisemitismus<sup>113</sup> der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) beigetragen und arbeitet mit dem Sonderbeauftragten des Europarats für antisemitische, antimuslimische und andere Formen von religiöser Intoleranz und Hassverbrechen zusammen.

---

<sup>113</sup> [Überarbeitete Allgemeine politische Empfehlung Nr. 9 zur Verhütung und Bekämpfung von Antisemitismus der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz \(ECRI\)](#) (in englischer Sprache).



## 5.2 Sicherung des jüdischen Kulturerbes und Gedenken an den Holocaust

Am 20. Januar 2022 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Unterstützung aller EU-Mitgliedstaaten eine Resolution, in der die Leugnung des Holocaust verurteilt wird.<sup>114</sup> Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik gab jährlich anlässlich des Holocaust-Gedenktags eine Erklärung ab.<sup>115</sup> Mehrere EU-Delegationen nehmen regelmäßig an hochrangigen Veranstaltungen im Rahmen des Gedenktags teil. In Genf beispielsweise beteiligt sich die EU-Delegation jedes Jahr an der Organisation der offiziellen VN-Gedenkfeier für die Opfer des Holocaust. Die EU-Delegation in Tel Aviv organisiert außerdem spezielle Gedenkveranstaltungen anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags und Jom haScho'a (Tag des Gedenkens an die Shoah und jüdisches Heldentum).

Mit dem Ziel, das reiche und vielfältige jüdische Leben in Europa vor dem Holocaust zu zeigen, unterstützt die Europäische Kommission das World Holocaust Remembrance Center Yad Vashem in Israel mit 10 Mio. EUR bei der Schaffung eines immersiven audiovisuellen Erlebnisses in deren „Tal der Gemeinschaften“ für alle Altersgruppen, einschließlich Kinder. Das Projekt soll dazu beitragen, Antisemitismus und Vorurteile abzubauen, das Bewusstsein und das Wissen über die jüdische Geschichte und die jüdische Kultur zu schärfen sowie für die vollständige Anerkennung des jüdischen Lebens als Teil der europäischen Gesellschaft zu sorgen.

In den Nachbarschafts- und Erweiterungsregionen plant die Kommission mehrere Projekte zum Schutz des jüdischen Kulturerbes und zum Gedenken an den Holocaust. Ein spezielles Los für Projekte zur Förderung des jüdischen Lebens und des jüdischen Kulturerbes mit einer Gesamtmittelausstattung von 1,5 Mio. EUR wurde im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe für Organisationen der Zivilgesellschaft im Westbalkan und in der Türkei in eine regionale Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen aufgenommen. In Bosnien und Herzegowina hat die Kommission 260 000 EUR für das Holocaust-Museum in Sarajewo bereitgestellt.

Im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit hat die Kommission 7 Mio. EUR für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Erhaltung des jüdischen Kulturerbes in der Ukraine sowie 3 Mio. EUR für die Verwaltung und Erhaltung jüdisch-marokkanischer Kulturstätten und des immateriellen Kulturerbes in Marokko vorgesehen.

## 6. SCHLUSSFOLGERUNG

Antisemitismus stellt eine Bedrohung für die europäische Demokratie und die Sicherheit der Europäischen Union dar. Antisemitische Verschwörungstheorien, Hetze und Desinformation, die gegen die jüdische Gemeinschaft gerichtet sind, polarisieren und haben negative Auswirkungen auf die öffentliche Debatte. Dies wirkt sich letztlich auf das gesamte demokratische Umfeld aus. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Angriffe auf jüdische Menschen nicht ohne Reaktion bleiben. Hasskriminalität ist zu untersuchen und entsprechend der Rechtsstaatlichkeit zu ahnden. Im Einklang mit dem Aktionsplan für Demokratie in Europa 2020, der EU-Strategie für eine Sicherheitsunion (2020-2025) und dem 2023 angenommenen Paket zur Verteidigung der Demokratie ist die Europäische Kommission entschlossen, das demokratische Umfeld der EU zu schützen und für die

---

<sup>114</sup> [VN-Generalversammlung verabschiedet Resolution zur Verurteilung der Leugnung des Holocaust](#) (in englischer Sprache).

<sup>115</sup> [Erklärung des HR/VP zum Internationalen Holocaust-Gedenktag 2022](#), [Erklärung des HR/VP zum Internationalen Holocaust-Gedenktag 2023](#) und [Erklärung des HR/VP zum Internationalen Holocaust-Gedenktag 2024](#) (in englischer Sprache).

Sicherheit aller ihrer Bürgerinnen und Bürger, einschließlich jüdischer Menschen, Sorge zu tragen. Angesichts der derzeitigen Herausforderungen ist das Handeln der Europäischen Union von der Entschlossenheit und dem Engagement geprägt, dem Antisemitismus ein Ende zu setzen und sicherzustellen, dass jüdische Menschen in Europa ihr Leben im Einklang mit ihren kulturellen und religiösen Traditionen und frei von Sorgen um ihre Sicherheit führen können.

Aus diesem Fortschrittsbericht geht hervor, dass seit der Annahme der Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens im Jahr 2021 in ganz Europa Strukturen geschaffen und in allen Mitgliedstaaten und in der Zivilgesellschaft eine Vielzahl von EU-geführten oder von der EU finanzierten Initiativen ergriffen wurden, um Antisemitismus zu bekämpfen, jüdisches Leben zu fördern und das Gedenken an den Holocaust zu bewahren. Die Kommission steht in regelmäßigem Dialog mit Vertretern jüdischer Gemeinschaften und jüdischer Organisationen, um die Herausforderungen wirksam und bedarfsorientiert anzugehen.

Dem Bericht zufolge hat das Bewusstsein der staatlichen Akteure für die Gefahr von Antisemitismus zugenommen. Dies hat zur Verabschiedung nationaler Strategien gegen Antisemitismus in 23 EU-Mitgliedstaaten, zur Ernennung von 20 nationalen Sonderbeauftragten oder Koordinatoren für die Bekämpfung von Antisemitismus und zur EU-weiten Einführung der nicht rechtsverbindlichen Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken als nützliches Instrument zur Bekämpfung von Antisemitismus geführt. In vielen EU-Ländern haben deren ambitionierte Strategien zu wirkungsvollen Initiativen geführt.

Die Europäische Kommission hat eine effektive Plattform für den kontinuierlichen Austausch über bewährte Verfahren zwischen Sonderbeauftragten in Europa und weltweit eingerichtet, um Synergien zu schaffen und gemeinsame Maßnahmen einzuleiten, wie die gemeinsame Erklärung der Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung des Antisemitismus und die globalen Leitlinien zur Bekämpfung des Antisemitismus vom Juli 2024.

Neben der Umsetzung der 90 Initiativen der Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens war es das Ziel der Europäischen Kommission, europaweite Herausforderungen wie Antisemitismus im Internet anzugehen und das Gedenken an den Holocaust zu bewahren sowie den Mitgliedstaaten und den Akteuren der Zivilgesellschaft einen Mehrwert zu bieten. Die Kommission unterstützt zudem Maßnahmen in den Mitgliedstaaten und von Akteuren der Zivilgesellschaft, unter anderem durch eine deutliche Aufstockung der Finanzmittel, und setzt auf eine enge Zusammenarbeit mit den Organen der EU und den Mitgliedstaaten, um die Agenda auf europäischer Ebene voranzubringen. Dies führte zu einer Stärkung der Strukturen und der Unterstützung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, die nicht nur gegen Antisemitismus vorgehen, sondern außerdem eine positive Agenda zur Förderung jüdischen Lebens verfolgen.

Nach dem 7. Oktober 2023 sind jüdische Menschen in Europa jedoch mit beispiellosen Bedrohungen und Gewalttaten konfrontiert. Dies hat sich tiefgreifend auf den Alltag jüdischer Menschen in Europa ausgewirkt. Angesichts eines beispiellosen Anstiegs von Hetze und gewaltsamen Vorfällen mussten die Sicherheitsmaßnahmen erheblich verstärkt werden, und öffentliche Ausprägungen des jüdischen Lebens wurden stark beeinträchtigt. Eine solche Einschüchterung ist nicht nur eine Bedrohung für die Sicherheit. Sie ist eine Bedrohung für die Werte der EU und die Demokratie.

Daher ist die Entschlossenheit, Antisemitismus in der EU zu bekämpfen, wichtiger denn je. Die Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens ist für den Zeitraum bis 2030 ausgelegt, doch die jüngste Verschlechterung der Situation erfordert weitere Anstrengungen für ihre wirksame Umsetzung und gegebenenfalls eine Aktualisierung. Die Europäische Kommission ist entschlossen, alle verfügbaren rechtlichen und politischen Instrumente zu nutzen, um sicherzustellen, dass jüdisches Leben in der gesamten EU gedeihen kann und jüdische

Menschen ihr Leben frei von Sorgen hinsichtlich ihrer Sicherheit führen und ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können.



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 14.10.2024

COM(2024) 476 final

ANNEX

## **ANHANG**

*des*

### **BERICHTS DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT**

**Erster Fortschrittsbericht zur Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus  
und zur Förderung jüdischen Lebens**

**Übersichtstabelle zur Umsetzung von Maßnahmen in der Strategie der EU zur  
Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens**

NUMMER	MAßNAHMEN IM RAHMEN DER STRATEGIE	FORTSCHRITT	KURZBESCHREIBUNG DER DURCHFÜHRUNG DER MAßNAHME
<b>1.1. Bekämpfung von Antisemitismus in allen Politikbereichen und Mobilisierung von EU-Mitteln</b>			
1.	Im Rahmen zahlreicher EU-Förderprogramme werden gezielte Maßnahmen durchgeführt, insbesondere im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“, des Programms „Justiz“, der Programme „Horizont Europa“, „Kreatives Europa“ und „Erasmus+“, des Fonds für die innere Sicherheit, der Fonds der Kohäsionspolitik, des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) und des Instruments für Heranführungshilfe (IPA).	In Bearbeitung	Die Finanzierung wurde im Rahmen der verschiedenen Programme erheblich aufgestockt. Um einschlägige Projekte zu finden, können auf dem <a href="#">Portal „EU Funding &amp; Tenders“</a> (EU-Finanzierung und Ausschreibungen) Suchanfragen zu Stichworten wie „antisemitism“, „anti-Semitism“, „Jew“, „Holocaust“, „Shoah“, „Remembrance“, „Synagogue“ usw. nach von der EU finanzierten Projekten durchgeführt werden (in englischer Sprache).
2.	Um die Umsetzung dieser Strategie zu unterstützen und die Bemühungen der Mitgliedstaaten zu koordinieren, wird die Kommission die <b>Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Antisemitismus</b> , die sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten, Vertretern jüdischer Gemeinschaften und anderen Interessenträgern zusammensetzt, <b>in eine ständige Struktur umwandeln</b> .	Durchgeführt	Die Arbeitsgruppe wurde in <a href="#">Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens</a> umbenannt. Sie tritt zweimal jährlich zusammen.
3.	Organisation eines jährlichen <b>Forums der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus</b> , in dem Vertreter der Kommission, jüdischer Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft sowie andere Interessenträger zusammenkommen, um sich zu vernetzen und die Wirkung gemeinsamer Maßnahmen und EU-Mittel auf ein Maximum zu erhöhen.	In Bearbeitung	Am 16./17. November 2022 fand mit 250 Teilnehmern das erste <a href="#">Forum der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens</a> statt. Es wird nicht jährlich, sondern alle zwei Jahre stattfinden.
<b>1.2. Bekämpfung von antisemitischer Hetze und Hasskriminalität</b>			
4.	Der <b>EU-Rahmenbeschluss zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit</b> bietet einen soliden Rechtsrahmen zur Bekämpfung antisemitischer Hasskriminalität und Hetze, einschließlich der öffentlichen Billigung, Leugnung oder groben Verharmlosung des Holocaust, wenn diese in einer Weise erfolgen, die geeignet ist, zu Gewalt oder Hass aufzustacheln. Seine vollständige und korrekte Umsetzung stellt für die Kommission eine Priorität dar.	In Bearbeitung	Die Kommission hat Maßnahmen ergriffen, um die vollständige und ordnungsgemäße Umsetzung des Rahmenbeschlusses sicherzustellen, und zwischen Oktober 2020 und August 2024 wegen unvollständiger oder nicht ordnungsgemäßer Umsetzung 13 Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten eingeleitet.
5.	Verbesserung der Finanzierung für Schulungsprogramme und Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung von Antisemitismus für Angehörige der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, unter anderem durch das Europäische Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN) und die Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL).	In Bearbeitung	Eine der wichtigsten Aktivitäten des EJTN ist das jährliche in Krakau und Oswiecim (Auschwitz) stattfindende <a href="#">Seminar über Antisemitismus und Hasskriminalität</a> in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte und dem Museum Auschwitz-Birkenau. Im Rahmen eines Seminars am 8./9. Februar 2024 befasste sich die CEPOL insbesondere mit den Auswirkungen der Angriffe vom 7. Oktober auf die innere Sicherheit der EU aus der Perspektive des Antisemitismus und des Hasses gegen Muslime. Sie arbeitet eng mit dem Europäischen Jüdischen Kongress zusammen, um regelmäßig gemeinsame Webinare zum Thema Antisemitismus zu organisieren.
6.	Unterstützung von Organisationen und Projekten zur Bekämpfung und <b>Meldung antisemitischer Hetze und Hasskriminalität</b> im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“.	In Bearbeitung	Durch das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ wird das <a href="#">Europäische Netz zur Überwachung von Antisemitismus (ENMA)</a> unterstützt, welches eine wissenschaftliche Methodik entwickelt, um antisemitische Vorfälle in ganz Europa zu überwachen. Um weitere einschlägige Projekte zu finden, können auf dem <a href="#">Portal „EU Funding &amp; Tenders“</a> (EU-

			Finanzierung und Ausschreibungen) Suchanfragen zu Stichworten wie „antisemitismus“, „antisemitismus“ usw. nach von der EU finanzierten Projekten durchgeführt werden (in englischer Sprache).
7.	Unterstützung bei der <b>Entwicklung von Schulungen und Materialien zum Thema Antisemitismus</b> und deren Bereitstellung auf der „Europäischen Plattform für Aus- und Fortbildung“ des Europäischen Justizportals.	In Bearbeitung	Schulungsmaterialien zum Thema Antidiskriminierung, einschließlich Antisemitismus, sind auf der <a href="#">Europäischen Plattform für Aus- und Fortbildung</a> verfügbar. Die Ausarbeitung von Schulungen und Materialien zur Unterstützung von Angehörigen der Rechtsberufe bei der Erkennung und strafrechtlichen Verfolgung von Antisemitismus ist eine der Prioritäten der jährlichen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Finanzhilfen im Rahmen des Programms „Justiz“.
8.	Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Sicherung der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit <b>integrierter und gezielter Unterstützungsdienste</b> für Opfer antisemitischer Hasskriminalität, auch mittels Mitteln der EU.	In Bearbeitung	Die Kommission fördert weiterhin integrierte und gezielte Unterstützungsdienste für Opfer von Hasskriminalität, einschließlich antisemitischer Hasskriminalität. Außerdem hat sich die Kommission verpflichtet, Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen, insbesondere im Rahmen des Programms „Justiz“, um Mitgliedstaaten und Nichtregierungsorganisationen bei der Anwendung der EU-Vorschriften über die Rechte von Opfern im Einklang mit den Prioritäten der EU-Strategie für die Rechte von Opfern zu unterstützen, unter anderem zur Stärkung der Opferunterstützungsdienste.
9.	Die Kommission wird weiterhin die <b>Umsetzung der Opferschutzrichtlinie überwachen</b> , mit der sichergestellt wird, dass alle Opfer von Straftaten Rechte haben. Dies gilt unter anderem für den Zugang zu spezialisierten Unterstützungsdiensten und Schutzmaßnahmen, die ihren individuellen Bedürfnissen und ihrer Schutzbedürftigkeit entsprechen.	In Bearbeitung	Am 12. Juli 2023 nahm die Kommission einen <a href="#">Vorschlag zur Überarbeitung der Opferschutzrichtlinie</a> an, der darauf abzielt, die Rechte aller Opfer von Straftaten in der EU, einschließlich der Opfer antisemitischer Hasskriminalität, weiter zu stärken. Von besonderer Bedeutung sind die folgenden vorgeschlagenen Bestimmungen: Verbesserung der individuellen Begutachtung der Bedürfnisse der Opfer, Stärkung der Unterstützung für besonders schutzbedürftige Opfer durch zusätzliche Maßnahmen für den physischen Schutz der Opfer und Verbesserung der Teilnahme der Opfer an Strafverfahren.
10.	Um den Rechtsrahmen weiter zu stärken, wird die Kommission im Jahr 2021 eine <b>Initiative zur Erweiterung der Liste der „EU-Straftatbestände“</b> und zur Aufnahme von Hasskriminalität und Hetze einleiten.	In Bearbeitung	Am 9. Dezember 2021 hat die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel <a href="#">„Ein inklusiveres und besser schützendes Europa“: Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität</a> angenommen.
11.	Durchgängige Berücksichtigung der <b>Rechte des Kindes in allen Politikbereichen der EU</b> , um Kinder, die Opfer von Diskriminierung u. a. aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung sind, besser zu schützen.	In Bearbeitung	Die EU und die Mitgliedstaaten müssen die Rechte des Kindes achten, schützen und fördern. Die <a href="#">EU-Kinderrechtsstrategie</a> und die <a href="#">Europäische Garantie für Kinder</a> sind wichtige politische Initiativen der Europäischen Kommission, die darauf abzielen, alle Kinder besser zu schützen, ihnen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu helfen und sie in den Mittelpunkt der Politikgestaltung der EU zu stellen.
12.	Im Rahmen der Hochrangigen Gruppe zur Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität <b>wird die FRA die Mitgliedstaaten bei der Verbesserung und Angleichung ihrer Methoden</b> zur Erfassung und Erhebung von Daten über Hasskriminalität, einschließlich Antisemitismus, <b>unterstützen</b> .	In Bearbeitung	Die FRA leitet im Rahmen der Hochrangigen Gruppe die Arbeitsgruppe zur Erfassung und Erhebung von Daten über Hasskriminalität. 15 Mitgliedstaaten haben die <a href="#">Wiener Deklaration</a> unterzeichnet, in der das Ziel formuliert wird, eine gemeinsame Methodik zur Quantifizierung und Qualifizierung antisemitischer Vorfälle zu erarbeiten und diese im Zeitverlauf und zwischen den Mitgliedstaaten zu vergleichen.
<b>1.3. Bekämpfung von Antisemitismus im Internet</b>			
13.	Bekämpfung antisemitischer Hetze in der anstehenden Aktualisierung der <b>Strategie für ein besseres Internet für Kinder</b> .	In Bearbeitung	Im Rahmen der europäischen Strategie für ein besseres Internet für Kinder (BIK+) kofinanziert die Kommission Safer-Internet-Zentren in den Mitgliedstaaten durch folgende Maßnahmen: - Beratungsdienste, die der Öffentlichkeit, insbesondere Kindern, helfen, wenn sie schädlichen und illegalen Inhalten ausgesetzt sind. - Hotlines zur Meldung von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern. Diese können den Status „vertrauenswürdiger Hinweisgeber“ im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste erhalten, wodurch Plattformen verpflichtet wären, deren Meldungen über illegale Inhalte vorrangig und unverzüglich zu bearbeiten. Im Rahmen einzelstaatlicher Regelungen bearbeiten einige auch Meldungen über rassistische und fremdenfeindliche Hetze, auch in Verbindung mit Antisemitismus.



14.	Der <b>Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation</b> wird gestärkt, was unter anderem zu einer besseren Bekämpfung von Antisemitismus im Internet beiträgt.	Durchgeführt	Am 16. Juni 2022 wurde der <a href="#">gestärkte Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation</a> von 34 <a href="#">Unterzeichnern</a> , die am Überarbeitungsprozess des Verhaltenskodex von 2018 beteiligt waren, unterzeichnet und vorgelegt. Inzwischen sind zehn weitere Unterzeichner hinzugekommen.
15.	Unterstützung der <b>Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien und deren nationalen Stellen bei der Erhöhung der Kapazitäten ihrer Faktenprüfer im Bereich Desinformation</b> sowie Zusammenarbeit mit unabhängigen Organisationen bei der Entwicklung von Gegennarrativen, auch in Nichtunionssprachen.	In Bearbeitung	Die <a href="#">Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien</a> hat eine <a href="#">vorläufige Analyse der Desinformation im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Israel und der Hamas</a> durchgeführt und trägt zur Aufdeckung und Analyse von Desinformationskampagnen bei, auch in Verbindung mit rassistischer und antisemitischer Desinformation. Seit 2023 sind 14 von der EU finanzierte nationale oder regionale Zentren in Betrieb, die alle 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen im EWR abdecken.
16.	Mit dem <b>Gesetz über digitale Dienste</b> wurden neue Verpflichtungen für Online-Plattformen eingeführt, gegen illegale Inhalte, wie zum Beispiel illegale antisemitische Hetze, vorzugehen. Dazu gehören Verpflichtungen mit Blick auf Melde- und Abhilfeverfahren, die Transparenz der Verfahren zur Moderation von Inhalten, vertrauenswürdige Hinweisgeber sowie die Bewertung und Minderung von Risiken.	In Bearbeitung	Auf der Grundlage des Gesetzes über digitale Dienste hat die Kommission ein förmliches Verfahren eingeleitet, um zu bewerten, ob X, TikTok, AliExpress und Meta möglicherweise gegen das Gesetz über digitale Dienste verstoßen haben, unter anderem im Zusammenhang mit der Verbreitung illegaler Inhalte, beispielsweise illegaler Hetze.
17.	Im Rahmen des <b>Aktionsplans gegen Desinformation</b> und des Europäischen Aktionsplans für Demokratie werden die Kommission und der EAD unter anderem mithilfe der East StratCom Task Force weiterhin <b>besonderes Augenmerk auf die Analyse von Desinformationskampagnen, Hetze, Aufstachelung zu Gewalt und extremistisches Gedankengut sowie die Reaktion darauf richten</b> .	In Bearbeitung	Im Rahmen des <a href="#">Aktionsplans gegen Desinformation</a> (angenommen am 5. Dezember 2018) wird dem Antisemitismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet, unter anderem durch die <a href="#">East StratCom Task Force</a> und <a href="#">EUvsDisinfo</a> . Im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 hat die Europäische Kommission am 12. Dezember 2023 das <a href="#">Paket zur Verteidigung der Demokratie</a> angenommen. Das wesentliche Element dieses Pakets ist ein Legislativvorschlag, mit dem die Transparenz und demokratische Rechenschaftspflicht bei Tätigkeiten zur Interessenvertretung für Drittländer, die darauf abzielen, die Politik, Beschlussfassung und den demokratischen Handlungsspielraum zu beeinflussen, verbessert werden. Dieser Vorschlag wird derzeit von den gesetzgebenden Organen erörtert.
18.	Verstärkung der Bekämpfung des Antisemitismus im Internet, Unterstützung des Aufbaus eines <b>europaweiten Netzes vertrauenswürdiger Hinweisgeber</b> und jüdischer Organisationen gemäß dem Verhaltenskodex.	In Bearbeitung	Im Jahr 2024 wird ein überarbeiteter <a href="#">Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hetze im Internet</a> in Kraft treten. Die Kommission arbeitet an der Entwicklung eines Netzes von Berichterstattern zur Überwachung, die darauf spezialisiert sind, Aufstachelung zu Gewalt und Hass im Internet aufzudecken, und die Umsetzung des künftigen Verhaltenskodex unterstützen sollen. Dazu gehört ein spezielles Netz von Berichterstattern und Faktenprüfern, die antisemitische Inhalte, die in der EU veröffentlicht werden, ermitteln.
19.	Organisation eines <b>Hackathons</b> , um den Austausch zwischen Experten zu erleichtern und neue innovative Wege zur Bekämpfung von Antisemitismus im Internet und im digitalen Umfeld zu entwickeln.	In Bearbeitung	Ein von der Kommission finanziertes Projekt ist in Vorbereitung und wird die Organisation dieses Hackathons umfassen.
20.	Mit der Verordnung über politische Werbung werden harmonisierte hohe Transparenzstandards für die Erbringung politischer Werbedienstleistungen und ein besserer Schutz für die Nutzung personenbezogener Daten für gezielte politische Werbung eingeführt. Dies wird die Bürgerinnen und Bürger stärken, die Rechenschaftspflicht bei der Nutzung politischer Werbung unterstützen und von deren Missbrauch, auch als Vektor für Desinformation und Hetze, abschrecken.	In Bearbeitung	Am 11. März 2024 wurde die <a href="#">Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung</a> , die der Informationsmanipulation und der Einflussnahme aus dem Ausland auf Wahlen entgegenwirken soll, angenommen.
21.	Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und IT-Unternehmen, um die <b>illegale Darstellung und den Verkauf von Nazi-Symbolen, -Sammlerstücke und -Literatur im Internet zu verhindern</b> .	In Bearbeitung	Der tschechische Vorsitz im Rat der Europäischen Union veranstaltete am 24. November 2022 ein Expertentreffen zum Thema Nazi-Sammlerstücke und deren Missbrauch zu antisemitischen Zwecken.
22.	Durchführung einer <b>umfassenden Datenanalyse</b> , um besser zu verstehen, wie sich Antisemitismus im Internet verbreitet, welche Routen er einschlägt und wie er sich ausweitet.	In Bearbeitung	Ein von der Kommission finanziertes Projekt ist in Vorbereitung und wird die Entwicklung dieser umfassenden Datenanalyse einschließen.
<b>1.4. Bekämpfung antisemitischer Diskriminierung</b>			

23.	<b>Nationale Gleichstellungsstellen</b> fördern, analysieren, überwachen und unterstützen die Gleichbehandlung. Bis 2022 wird die Kommission neue Rechtsvorschriften (verbindliche Standards für Gleichstellungsstellen) zur Stärkung der Rolle der Gleichstellungsstellen vorschlagen.	In Bearbeitung	Zur Stärkung des Mandats, der Befugnisse, der Unabhängigkeit und der Ressourcen der Gleichstellungsstellen hat die Kommission am 8. Dezember 2022 <a href="#">zwei Vorschläge für Richtlinien über Standards für Gleichstellungsstellen</a> angenommen.
24.	Zusammenarbeit mit <b>Equinet und Gleichstellungsstellen</b> , um deren Wissen über Antisemitismus zu erweitern.	In Bearbeitung	Die Kommission hat begonnen, enger mit Equinet zusammenzuarbeiten, um das Wissen über Antisemitismus zu vertiefen, unter anderem durch ein Webinar für nationale Gleichstellungsstellen am 10. März 2022.
25.	Die <b>EU-Plattform der Chartas der Vielfalt</b> wurde eingerichtet, damit bestehende Chartas Erfahrungen und bewährte Verfahren teilen und austauschen können. Diese Chartas sollten auch systematisch die spezifischen Herausforderungen bei der Ermittlung und Bekämpfung von Antisemitismus am Arbeitsplatz angehen.	In Bearbeitung	Am 30. Mai 2023 organisierte die <a href="#">EU-Plattform der Chartas der Vielfalt</a> ein Webinar zum Thema „Aufbau inklusiver Organisationen“ mit besonderem Schwerpunkt auf Antisemitismus, Hass gegen Muslime und Rassismus.
26.	Durchführung einer Reihe von Maßnahmen <b>zur Bekämpfung rassistischer und ethnischer Stereotypen in Zusammenarbeit mit den Medien, der Zivilgesellschaft und Vertretern von Menschen, die aufgrund ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft einer Minderheit angehören.</b>		
27.	Aufnahme von Daten zu Antisemitismus und jüdischen Menschen in der EU im Rahmen der Erhebung und Verwendung von Gleichstellungsdaten auf der Grundlage der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung. Die Kommission wird eine Maßnahme einleiten, um <b>insbesondere mit Blick auf nach ethnischer Herkunft aufgeschlüsselten Daten einen kohärenten Ansatz bei der Erhebung von Gleichstellungsdaten sicherzustellen.</b>	In Bearbeitung	Eurostat hat eine Taskforce für Gleichstellung eingerichtet, um die Erhebung von Gleichstellungsdaten, auch zu Rasse oder ethnischer Herkunft, zu verbessern. Damit sollen auch Leitlinien und Empfehlungen für eine bessere Erfassung von Statistiken über Antisemitismus und die jüdische Bevölkerung bereitgestellt werden.
28.	Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der <b>Ausarbeitung und Umsetzung von Reformen</b> zur Bekämpfung von Diskriminierung an Schulen im Allgemeinen – und Antisemitismus im Besonderen – im Rahmen des Instruments für technische Unterstützung, und zwar auch länderübergreifend, um eine engere Zusammenarbeit zu fördern und auf bewährten Verfahren aufzubauen.	In Bearbeitung	Das Instrument für technische Unterstützung bietet den Mitgliedstaaten maßgeschneiderte Unterstützung bei der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus.

### 1.5. Die Kommission geht mit gutem Beispiel voran

29.	Die Kommission wird auch weiterhin mit internen Personalveranstaltungen und Sensibilisierungsinitiativen an den Holocaust erinnern. Sie wird unter anderem im Rahmen des allgemeinen Schwerpunkts auf europäischen Grundwerten, wie der Achtung von Minderheiten, ihre Mitarbeiter weiterhin für Antisemitismus und dessen Bekämpfung sensibilisieren und das Verständnis für jüdisches Leben und die jüdische Kultur verbessern. Die Schulungsmaßnahmen erstrecken sich auch auf unbewusste Vorurteile, darunter solche, die auf der Wahrnehmung von Religion oder Weltanschauung beruhen.	In Bearbeitung	Die Kommission organisiert für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich die Schulung zum Thema „Unmasking modern antisemitism“ (Aufdeckung von modernem Antisemitismus). Der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust wird jedes Jahr auf der internen Website der Kommission angekündigt, und die Mitarbeiter werden zur Teilnahme an der vom Jüdischen Weltkongress initiierten Kampagne #WeRemember eingeladen.
30.	Sie wird weiterhin jedes Jahr die Euro-Chanukka-Feier ausrichten, um der Vielfalt unter den Mitarbeitern Rechnung zu tragen.	In Bearbeitung	Die Kommission ist in jedem Jahr bei der Euro-Chanukka-Feier vertreten, die vom European Jewish Community Centre und der European Jewish Association ausgerichtet wird und an der hochrangige Persönlichkeiten teilnehmen, beispielsweise <a href="#">Präsidentin von der Leyen und Vizepräsident Schinas</a> .
31.	Aufforderung an die <b>europäischen Schulen</b> , alle Schülerinnen und Schüler über jüdisches Leben in Europa, den Holocaust und Antisemitismus aufzuklären und jedes Jahr den <b>Internationalen Holocaust-Gedenktag</b> zu begehen, wobei auch eine Besichtigung von Gedenkstätten ins Auge gefasst werden kann.		
32.	Gegebenenfalls <b>Organisation von Studienaufenthalten</b> , z. B. in Israel.	Durchgeführt	Vom 18. bis 22. September 2022 fand ein Studienaufenthalt für EU-Mitarbeiter in Israel statt.

33.	Fortsetzung des <b>Null-Toleranz-Ansatzes gegenüber Vorfällen von Antisemitismus</b> innerhalb des Organs unter Verwendung der IHRA-Definition als Grundlage. Bereitstellung von Schulungen für bestimmte Zielgruppen, etwa Mitarbeiter der Personalverwaltung, damit diese Antisemitismus gemäß der IHRA-Definition erkennen können.	In Bearbeitung	Die Kommission hat den <a href="#">Aktionsplan für Vielfalt und Inklusion</a> und die erneuerte Strategie gegen Belästigung angenommen, um für sichere und inklusive Arbeitsplätze für alle Sorge zu tragen. Die Kommission bietet für alle neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bedienstete, Führungskräfte und Mitarbeiter der Personalverwaltung Schulungen an, darunter spezielle Veranstaltungen zum Gedenken an den Holocaust. Zudem organisiert sie eine jährliche Schulung zum Thema „Unmasking modern antisemitism“ (Aufdeckung von modernem Antisemitismus).
34.	Förderung flexibler <b>Arbeitsregelungen</b> , um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Einhaltung religiöser Feiertage zu ermöglichen.	In Bearbeitung	Die Kommission fördert die Anwendung flexibler Arbeitsregelungen, um allen Mitarbeitern die Einhaltung religiöser Feiertage zu ermöglichen, und bereitet derzeit eine Ausweitung der bereits bestehenden Flexibilität vor.
<b>2.1. Bekämpfung von gegen Juden gerichtetem gewaltbereitem Extremismus und Terrorismus</b>			
35.	Enge Zusammenarbeit mit Europol, einschließlich der EU-Meldestelle für Internetinhalte, um antisemitischen Terrorismus und gewaltorientierten Extremismus im Internet zu bekämpfen, indem gegen Gruppen und Einzelpersonen vorgegangen wird, die terroristische Inhalte im Internet verbreiten.	In Bearbeitung	Über das EU-Internetforum wurde unmittelbar nach den Anschlägen vom 7. Oktober ein außerordentliches Treffen einberufen, um sich mit der EU-Meldestelle für Internetinhalte (IRU) von Europol, den Mitgliedstaaten und Vertretern der Internetbranche über die großen Mengen terroristischer, gewaltorientierter, extremistischer und schädlicher Inhalte, einschließlich antisemitischer Inhalte, die im Internet verbreitet werden, auszutauschen. Die EU-Meldestelle für Internetinhalte von Europol stellte operative Unterstützungspakete bereit und koordinierte die Maßnahmen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten. Europol veranstaltete am 27. Juni 2024 einen Tag für die Meldung von Internetinhalten, um antisemitische Inhalte im Internet zu ermitteln und zu bekämpfen.
36.	Die Kommission wird außerdem eine <b>hochrangige Konferenz zum Schutz jüdischer Gemeinschaften in der EU</b> veranstalten.		
37.	Die Kommission wird gemeinsam mit dem Zentrum der Europäischen Union für Informationsgewinnung und Lageerfassung die Durchführung <b>regelmäßiger EU-Bewertungen der spezifischen Bedrohungen für jüdische Menschen, Gemeinschaften und Gebetsstätten</b> prüfen, um spezifische Sicherheitsrisiken besser zu verstehen und sie so besser verhindern, abwehren und darauf reagieren zu können.	In Bearbeitung	Die Kommission hat gemeinsam mit dem Zentrum der Europäischen Union für Informationsgewinnung und Lageerfassung damit begonnen, Bewertungen der spezifischen Bedrohungen für jüdische Menschen, Gemeinschaften und Gebetsstätten vorzunehmen, um auf spezifische Sicherheitsrisiken reagieren zu können.
38.	Bereitstellung von EU-Mitteln zur Unterstützung von Projekten zum <b>Schutz des öffentlichen Raums und von Gebetsstätten</b> .	In Bearbeitung	Anlässlich der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit im Jahr 2022 stellte die Kommission 8,3 Mio. EUR für Projekte zur Verbesserung des Schutzes religiöser Stätten bereit. Im Rahmen der Aufforderung im Jahr 2020 hatte sie 14,5 Mio. EUR bereitgestellt. Am 21. Dezember 2023 hat die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Höhe von 30 Mio. EUR veröffentlicht, die eine spezielle Priorität in Höhe von 5 Mio. EUR für den <a href="#">Schutz jüdischer Gebetsstätten, Schulen und Gemeindezentren</a> vorsieht.
39.	Bestandsaufnahme der bestehenden nationalen Sicherheits- und Schutzmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten.	In Bearbeitung	Im Dezember 2023 leitete das Sicherheitsnetz für Hochrisikofälle eine Bestandsaufnahme der Maßnahmen ein, die von den Mitgliedstaaten zum besseren Schutz der jüdischen Gemeinschaften ergriffen wurden.
40.	Ausbau der operativen Unterstützung für Mitgliedstaaten und jüdische Gemeinschaften durch die Bereitstellung von Schulungen zu Sicherheitsmaßnahmen. Dies umfasst auch Besuche von Sicherheitsberatern der EU in den Mitgliedstaaten, um ein Netz von Ausbildern für den Bereich des Schutzes von Gebetsstätten aufzubauen.	In Bearbeitung	Im Jahr 2022 fanden auf der Grundlage des EU-Leitfadens für einen besseren Schutz von Gebetsstätten EU-Sicherheitsberatungsmissionen in jüdischen Gemeinschaften in Schweden und Polen statt. Gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und dem Jüdischen Weltkongress organisierte die Kommission Veranstaltungen, an denen nationale Strafverfolgungsbehörden, Sicherheitsbehörden und jüdische Gemeinschaften in Kroatien, Estland, Lettland, Litauen, Irland, Italien, Nordmazedonien und Moldau teilnahmen.

41.	Ermittlung der spezifischen Relevanz und Auswirkungen von Antisemitismus im Rahmen der Arbeit des Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung zur Prävention und Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus.	In Bearbeitung	Das <a href="#">Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung</a> (RAN) organisierte mehrere Aktivitäten und veröffentlichte Forschungsarbeiten. So veranstaltete es etwa am 29./30. März 2022 einen Workshop zum Thema „Antisemitism as a part of almost all extremist ideologies and narratives“ (Antisemitismus als Teil fast aller extremistischen Ideologien und Narrative) und veröffentlichte am 22. März 2023 den Bericht „ <a href="#">Approaches to addressing antisemitism in European P/CVE</a> “ (Ansätze zur Bekämpfung von Antisemitismus in der europäischen Prävention und Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus). Das EU-Wissenszentrum zur Prävention von Radikalisierung, welches das Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung ersetzt, bewertet weiterhin die extremistischen Narrative, die sich im Jahr 2024 aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt in Europa ergeben. Anfang 2024 hat die Kommission unter der gemeinsamen Leitung Deutschlands und Österreichs mit interessierten Mitgliedstaaten eine projektbasierte Zusammenarbeit zum Thema Antisemitismus bei der Prävention und Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus eingeleitet.
42.	Sicherstellung einer raschen Umsetzung der Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.	In Bearbeitung	Die <a href="#">Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte</a> ist seit dem 7. Juni 2022 in Kraft, und am 14. Februar 2024 nahm die Kommission einen <a href="#">Bericht über ihre Durchführung</a> an. Bis September 2024 haben 24 Mitgliedstaaten zuständige Behörden für den Erlass von Entfernungsanordnungen benannt und zwischen Juni 2022 und Ende August 2024 wurden mehr als 1 000 Entfernungsanordnungen erlassen.
43.	Fortsetzung der Finanzierung von <b>Forschungs- und Innovationstätigkeiten</b> , in erster Linie über das Programm „Horizont Europa“, die darauf abzielen, die aktuellen Radikalisierungstrends sowie die Mittel und Muster zu verstehen, um sie wirksam zu verhindern und darauf reagieren zu können.	In Bearbeitung	Die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Arbeitsprogramm 2022 von Horizont Europa umfassten die Themen „ <a href="#">Evolution of political extremism and its influence on contemporary social and political dialogue</a> “ (Entwicklung des politischen Extremismus und sein Einfluss auf den heutigen sozialen und politischen Dialog) und „ <a href="#">Strengthening racial, ethnic and religious equality</a> “ (Stärkung der Gleichstellung der Rassen, Ethnien und Religionen), wodurch die Finanzierung von sechs Forschungsprojekten in Höhe von jeweils 3 Mio. EUR ermöglicht wurde.
44.	Unterstützung von Veranstaltungen zum Gedenken an die <b>Opfer von Terroranschlägen, beispielsweise durch digitale Gedenktafeln für Opfer</b> .		
<b>2.2. Förderung jüdischen Lebens sowie der Religions- und Glaubensfreiheit</b>			
45.	Erleichterung des <b>Austauschs bewährter Verfahren zwischen den Behörden sowie jüdischen und muslimischen Gemeinschaften</b> in Bezug auf rituelle Schlachtung unter Nutzung der Erfahrungen internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen, des BDIMR der OSZE und des Europarats.	Durchgeführt	Die Kommission ermöglichte am 20. Oktober 2022 im Rahmen der <a href="#">Konferenz „Freedom of religion with regard to religious slaughter“</a> (Religionsfreiheit in Bezug auf rituelle Schlachtung) einen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten und Vertretern der jüdischen und muslimischen Gemeinschaften über die möglichen Auswirkungen von Verboten ritueller Schlachtung auf diese Gemeinschaften.
46.	Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens auf <b>regionaler und lokaler Ebene</b> , u. a. durch eine Bestandsaufnahme und die Ausarbeitung eines <b>Leitfadens für bewährte Verfahren und Schulungen</b> für auf regionaler und lokaler Ebene tätige Organisationen.	In Bearbeitung	Es wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um bewährte Verfahren zur Bekämpfung von Antisemitismus auf regionaler und lokaler Ebene zu erfassen und einen Leitfaden für bewährte Verfahren auszuarbeiten. Im Jahr 2023 wurden drei Schulungen für Beamte in verschiedenen Städten durchgeführt.
47.	Verbesserung des Wissens über und des Verständnisses für das jüdische Leben in der Öffentlichkeit durch eine <b>Sensibilisierungskampagne</b> in enger Zusammenarbeit mit jüdischen Gemeinschaften, unter anderem durch <b>interkulturellen und interreligiösen Dialog</b> und entsprechende Aktivitäten.	In Bearbeitung	Die Kommission hat mit den Vorbereitungen für die Erarbeitung einer Sensibilisierungskampagne begonnen, um das Wissen über jüdisches Leben und die Bekämpfung von Antisemitismus und Hass in der breiten Öffentlichkeit zu verbessern.
48.	Unterstützung des Austauschs <b>bewährter Verfahren zur Aufklärung von Migranten über die Werte der EU</b> , einschließlich der Bekämpfung von Antisemitismus, über das <b>Europäische Integrationsnetzwerk</b> , beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit Migranten als Botschaftern für die Werte der EU.		

49.	Förderung der Verbindung zwischen der auch von Schulkindern gepflegten <b>jüdischen Tradition</b> , am Feiertag <i>Tu biSchevat</i> <b>Bäume zu pflanzen</b> , und dem <b>Vorhaben der EU</b> , im Rahmen der EU-Biodiversitätsstrategie und der EU-Waldstrategie für 2030 <b>drei Milliarden zusätzliche Bäume anzupflanzen</b> , um so das gegenseitige Verständnis und die Wahrnehmung zu verbessern.		
50.	Die Kommission wird <b>Schulungen für Journalisten</b> zur Erkennung aller Formen von Antisemitismus und zur Aufdeckung antisemitischer Vorurteile in der Berichterstattung unterstützen.		

### 2.3. Schutz des jüdischen Kulturerbes

51.	Aufforderung an Städte, sich im Kontext einer Bewerbung um den Titel <b>Kulturhauptstadt Europas</b> mit der Geschichte ihrer Minderheiten, einschließlich der Geschichte der jüdischen Gemeinschaft, zu befassen.	In Bearbeitung	Im Jahr 2022 war das jüdische Festival Teil der offiziellen Aktivitäten, die in Kaunas als Kulturhauptstadt Europas organisiert wurden. Kaunas nahm auch eine Reihe weiterer Projekte, die sich mit dem tragischen Schicksal seiner jüdischen Gemeinschaft während des Zweiten Weltkriegs befassten, in das offizielle Programm auf. Im Jahr 2024 wird Bad Ischl in Österreich sein Jahr als Kulturhauptstadt Europas auch dazu nutzen, das florierende Leben seiner jüdischen Gemeinschaft in den 1920er- und 1930er-Jahren und ihr Verschwinden durch den Nationalsozialismus zu thematisieren.
52.	Ermunterung junger Menschen, die im Rahmen von DiscoverEU durch Europa reisen, jüdische Kulturstätten zu besuchen.	In Bearbeitung	Seit Juli 2022 erhalten junge Menschen, die mit <a href="#">DiscoverEU</a> reisen, eine Rabattkarte, mit der sie Ermäßigungen auf kulturelle Besuche in ganz Europa in Anspruch nehmen können. Dazu gehören auch Stätten jüdischen Kulturerbes.
53.	Nutzung der Europäischen Tage des Kulturerbes, eine gemeinsame Initiative des Europarats und der Kommission, um auf Stätten jüdischen Kulturerbes in ganz Europa aufmerksam zu machen.	In Bearbeitung	Die Europäischen Tage des Kulturerbes <a href="#">2022-2023</a> umfassten Maßnahmen zur Förderung des jüdischen Kulturerbes in Zusammenarbeit mit der European Association for the Preservation and Promotion of Jewish Culture and Heritage. Im Jahr <a href="#">2024</a> wurden religiöse Toleranz und interkultureller Dialog, auch im Hinblick auf das jüdische Kulturerbe, über verschiedene Medienkanäle hervorgehoben.
54.	Fortsetzung des Projekts zur digitalen Erfassung jüdischer Kulturgüter, das darauf abzielt, eine umfassende Datenbank mit Informationen über jüdische Kulturgüter, die von den Nationalsozialisten entwendet wurden, zu erstellen, bewährte Verfahren zu sammeln und Sensibilisierungsmaßnahmen vorzuschlagen.	In Bearbeitung	Das Projekt zielt darauf ab, eine umfassende Datenbank mit Informationen über jüdische Kulturgüter, die von den Nationalsozialisten entwendet wurden, zu erstellen, bewährte Verfahren zu sammeln und Sensibilisierungsmaßnahmen vorzuschlagen. Das Projekt läuft bis Mai 2025.
55.	Einleitung einer vorbereitenden Maßnahme zum Schutz der jüdischen Friedhöfe in Europa, wobei die Ergebnisse von zwei früheren Pilotprojekten des Europäischen Parlaments zu diesem Thema genutzt und Verbindungen zwischen Gruppen gefördert werden, die sich für die Erhaltung jüdischer Begräbnisstätten einsetzen.	Durchgeführt	Bei dieser vorbereitenden Maßnahme handelte es sich um eine Fortsetzung der beiden vorangegangenen Pilotprojekte. Sie dauerte 18 Monate, bis Juni 2023. Die Maßnahme erstreckte sich auf Moldau, die Ukraine, Georgien, Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien. Es wurden etwa 256 Friedhöfe ermittelt und geschützt und verschiedene Lehrmaterialien erstellt und verteilt.

### 3.1. Bildung und Forschung in den Bereichen Antisemitismus und jüdisches Leben

56.	Unterstützung von Aktivitäten im Rahmen von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps, die auf die Förderung europäischer Werte und die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und Intoleranz, einschließlich Antisemitismus, abzielen, indem politische Bildung und die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben gefördert werden.	In Bearbeitung	Die Programme entsprechen vollständig diesem Ziel und unterstützen diese Aktivitäten.
57.	EU-Preis für das Kulturerbe / Europa Nostra Award	In Bearbeitung	Durch die Auszeichnung wird die Bedeutung der Bewahrung und Wiederherstellung des jüdischen Kulturerbes und der jüdischen Traditionen sowie des Gedenkens daran hervorgehoben. Ein besonderes Engagement gilt dabei der Sensibilisierung und dem Gedenken an die Opfer des Holocaust.



			Im Dezember 2023 kündigte Präsidentin Ursula von der Leyen die Absicht der Kommission an, einen Preis zur Anerkennung des jüdischen Kulturerbes in Europa zu verleihen. Mit diesem neuen Preis soll das Bewusstsein für die jüdische Kultur, die unsere gemeinsame europäische Geschichte geprägt hat, geschärft und ein neuer Impuls für ein breiteres Wissen und eine breitere Anerkennung dieser Kultur geschaffen werden.
58.	Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Intensivierung ihrer Bemühungen zur Förderung gemeinsamer Werte und inklusiver Bildung sowie Umsetzung der Empfehlung des Rates zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht durch die neue Arbeitsgruppe für Gleichstellung und Werte in der allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich jüdischer Lebensweisen und Traditionen.	In Bearbeitung	Auf der Sitzung der <a href="#">Arbeitsgruppe für Gleichstellung und Werte in der allgemeinen und beruflichen Bildung</a> am 9. Juni 2023 wurde das Thema Antisemitismus erörtert. Am 10. Oktober 2023 veröffentlichte die Kommission den Bericht „ <a href="#">Promoting diversity and inclusion in schools in Europe</a> “ (Förderung von Vielfalt und Integration in Schulen in Europa), der Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus in der Bildung enthält.
59.	Unterstützung der Ausbildung von Lehrkräften in Zusammenarbeit mit der UNESCO und dem BDIMR der OSZE auf der Grundlage ihrer Leitlinien zur Bekämpfung von Antisemitismus durch Bildung für politische Entscheidungsträger bzw. Lehrerausbildungseinrichtungen.	In Bearbeitung	Mit Finanzmitteln der Europäischen Kommission und der Unterstützung des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte startete die UNESCO am 3. April 2023 ein zweijähriges gemeinsames <a href="#">Projekt zur Bekämpfung des zunehmenden Antisemitismus durch Bildung in Europa</a> , das sich auf zwölf Mitgliedstaaten erstreckt.
60.	Unterstützung der Mitgliedstaaten durch das <b>Instrument für technische Unterstützung</b> bei der Konzeption und Umsetzung von <b>Schulreformen</b> , die auf die Bekämpfung von Diskriminierung im Allgemeinen und Antisemitismus im Besonderen abzielen.	In Bearbeitung	Das Instrument für technische Unterstützung bietet den Mitgliedstaaten nun maßgeschneiderte Unterstützung bei der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus.
61.	Förderung der Einrichtung eines <b>europäischen Forschungszentrums für modernen Antisemitismus, jüdisches Leben und jüdische Kultur</b> gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und der Forschungsgemeinschaft, um die multidisziplinäre Forschung in ganz Europa zu fördern und die <b>Forschung</b> zu verschiedenen strukturellen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit über das Programm „Horizont Europa“ zu finanzieren, wobei nationalen Besonderheiten und Intersektionalität Rechnung getragen wird.	In Bearbeitung	Zur Unterstützung der Einrichtung eines Europäischen Forschungszentrums für modernen Antisemitismus und jüdisches Leben veröffentlichte die Kommission am 31. März 2023 den Bericht „ <a href="#">The field of research on contemporary antisemitism and Jewish life</a> “ (Der Forschungsbereich des modernen Antisemitismus und jüdischen Lebens). Der Strategieplan für Horizont Europa 2025-2027 sieht vor, dass die finanzierten Maßnahmen die Einrichtung eines europäischen Forschungszentrums für modernen Antisemitismus, jüdisches Leben und jüdische Kultur unterstützen sollen.
62.	Die <b>Erhebung der FRA über die Erfahrungen jüdischer Menschen mit Antisemitismus</b> erfolgt erneut im Jahr 2023 und danach in regelmäßigen Abständen.	In Bearbeitung	Die dritte Erhebung der FRA über die Erfahrungen jüdischer Menschen mit Antisemitismus wurde im Jahr 2023 durchgeführt, und die Ergebnisse wurden am 11. Juli 2024 veröffentlicht.
63.	Unterstützung bei der Entwicklung eines Netzes <b>junger Europa-Botschafter zur Förderung des Holocaust-Gedenkens</b> in Schulen, Universitäten und Berufsbildungseinrichtungen.	In Bearbeitung	Das Netz wurde auf dem Forum der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens am 17./18. November 2022 in Brüssel ins Leben gerufen. Junge Europäerinnen und Europäer werden darin geschult, genaue Informationen über den Holocaust einzuholen und auszutauschen, Holocaust-Gedenkveranstaltungen in ihrem lokalen Umfeld, wie Schulen und Universitäten, auszurichten und Verfälschungen des Holocaust im Internet zu erkennen und zu bekämpfen.
64.	Finanzierung einer <b>EU-weiten Erhebung über antisemitische Vorurteile</b> in der Allgemeinbevölkerung aller Mitgliedstaaten, auch unter jungen Menschen.	In Bearbeitung	Die vorbereitenden Arbeiten für die Erhebung haben begonnen.
<b>3.2. Bildung, Forschung und Gedenken im Kontext des Holocaust</b>			
65.	Fortsetzung der Teilnahme an und Unterstützung von <b>Holocaust-Gedenktagen und -Veranstaltungen</b> sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen.	In Bearbeitung	Gemeinsam mit der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) und dem schwedischen EU-Ratsvorsitz im Jahr <a href="#">2023</a> sowie dem belgischen EU-Ratsvorsitz im Jahr <a href="#">2024</a> organisierte die Kommission anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags (IHRD) am 27. Januar die Konferenz „Holocaust remembrance conference: Remembering the past, shaping the future“ (Holocaust-Gedenken: Die Vergangenheit in Erinnerung behalten. Die Zukunft gestalten.).



66.	In Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften Unterstützung, auch finanziell, bei der Schaffung eines <b>Netzes von Stätten, an denen sich der Holocaust ereignet hat</b> .	In Bearbeitung	Anlässlich der Konferenz zum Gedenken an den Holocaust im Jahr 2024 gab die Kommission den Start <a href="#">einer offenen Ausschreibung in Höhe von 3,0 Mio. EUR</a> für die Einrichtung eines Sekretariats und den Aufbau des europaweiten Netzes von Stätten, an denen sich der Holocaust ereignet hat, bekannt. Diese wurde auf der Grundlage eines Konsultationsprozesses entwickelt, der auf der Konferenz ein Jahr zuvor eingeleitet worden war.
67.	Die <b>Europäische Holocaust-Forschungsinfrastruktur (EHRI) wird ihren Forschungsschwerpunkt auf die Erscheinungsformen des Antisemitismus ausweiten</b> , die zum Holocaust geführt haben.	In Bearbeitung	Die EHRI hat ihren wissenschaftlichen Tätigkeitsbereich auf die Erforschung des Antisemitismus in seiner Beziehung zum Holocaust ausgeweitet.
68.	Die Kommission wird auch die öffentliche Debatte (online oder Bürgerdebatte) über die Bedeutung des Holocaust in einer von Vielfalt geprägten EU anregen und die Schaffung eines <b>partizipativen europäischen Holocaust-Denkmal in Brüssel</b> unterstützen, das eine Verbindung zu Kunstwerken in Hauptstädten in der EU aufweist.	In Bearbeitung	Eine erste vorläufige Diskussion über das Denkmal fand auf dem Forum der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens am 17./18. November 2022 in Brüssel statt.
69.	Bereitstellung von <b>Projektmitteln über den Aktionsbereich „Geschichtsbewusstsein“</b> des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ zum Gedenken an den Holocaust, auch im Wege der <b>Digitalisierung von Archiven und Zeugnissen</b> von Holocaust-Überlebenden.	In Bearbeitung	Um einschlägige Projekte zu finden, können auf dem <a href="#">Portal „EU Funding &amp; Tenders“</a> (EU-Finanzierung und Ausschreibungen) Suchanfragen zu Stichworten wie „Holocaust“, „Shoah“ und „Remembrance“ usw. nach von der EU finanzierten Projekten durchgeführt werden (in englischer Sprache).

### 3.3. Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust

70.	Förderung der Verwendung der <b>IHRA-Definition zur Leugnung und Verfälschung/Verharmlosung des Holocaust</b> zu Bildungs- und Sensibilisierungszwecken.	In Bearbeitung	Die Definition wurde auf der Website der Kommission veröffentlicht und wird bei Veranstaltungen und gegebenenfalls in den Mitteilungen zu diesem Thema erwähnt.
71.	Ausarbeitung eines <b>Handbuchs zu bewährten Verfahren bei der Bekämpfung der Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust</b> .	Abgebrochen	Die Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken veröffentlichte selbst ein <a href="#">Instrumentarium gegen Verfälschungen des Holocaust und Empfehlungen für politische und andere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger</a> . Die Kommission hat daher beschlossen, kein eigenes Handbuch zu erstellen.
72.	In Partnerschaft mit der IHRA und der UNESCO wird die Kommission weitere Initiativen auf der Grundlage der IHRA-Empfehlungen mit dem Titel „Holocaustverfälschung und -verharmlosung erkennen und bekämpfen“ weiterentwickeln. Sie wird gemeinsam mit der UNESCO, der IHRA und anderen internationalen Partnern und zivilgesellschaftlichen Gruppen <b>Kampagnen in den sozialen Medien</b> unterstützen und stärken, um das Bewusstsein für die Leugnung und Verfälschung des Holocaust zu schärfen und aktiv dagegen vorzugehen.	In Bearbeitung	Im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ stellt die EU der UNESCO Unterstützung in Höhe von 200 000 EUR zur Verfügung, um Schulungen für Medienschaffende und Lehrkräfte zu organisieren, Leitlinien zu veröffentlichen und die Sensibilisierungskampagne #ProtectTheFacts zur Bekämpfung der Verfälschung des Holocaust zu unterstützen.
73.	Die EU wird im Rahmen von politischen Dialogen und Menschenrechtsdialogen sowie ihrer umfassenderen Zusammenarbeit mit Partnerländern <b>alle verfügbaren Instrumente</b> nutzen, um die Partnerländer aufzufordern, Antisemitismus <b>unter Berücksichtigung der IHRA-Definition von Antisemitismus</b> aktiv zu bekämpfen.	In Bearbeitung	Jedes Jahr wurden im Rahmen von mehr als 20 Menschenrechtsdialogen Bedenken hinsichtlich der Religions- und Weltanschauungsfreiheit geäußert. In Dialogen mit den MENA-Ländern (Nahe Osten und Nordafrika) hat der EAD mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, Programme zum Thema Holocaust in die Lehrpläne aufzunehmen.

### 4.1. Nutzung aller Instrumente zur Bekämpfung von Antisemitismus über das auswärtige Handeln der EU

74.	Die EU wird bei <b>gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Antisemitismus</b> aktiv mit internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, dem Europarat und der OSZE, sowie mit regionalen Organisationen zusammenarbeiten.	In Bearbeitung	Am 15. Juni 2023 organisierten die EU und die Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen (UNAOC) eine Veranstaltung, bei der Möglichkeiten zur Schaffung eines einheitlichen Ansatzes innerhalb der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Antisemitismus erörtert wurden. Die EU beteiligte sich aktiv an den OSZE-Konferenzen zur Bekämpfung des Antisemitismus und brachte das Thema Antisemitismus im Rahmen der OSZE-Konferenzen zur menschlichen Dimension in Warschau zur Sprache. Im Einklang mit den <a href="#">Schlussfolgerungen des Rates zu den Prioritäten der EU für die Zusammenarbeit mit dem Europarat (2023-2024)</a> ist die EU bestrebt, ihren Austausch und ihre Kommunikation mit dem Europarat über Strategien und Initiativen zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus zu verbessern. Nach den Anschlägen vom 7. Oktober unterzeichnete die Kommission
-----	---	----------------	---

			<a href="#">die gemeinsame Erklärung der Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung des Antisemitismus</a> , in der die Regierungen aufgerufen werden, die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für jüdische Gemeinschaften zu treffen, für die Sicherheit jüdischer Menschen auf Universitätsgeländen zu sorgen, die Solidarität mit jüdischen Menschen aus der Zivilgesellschaft zu fördern und Plattformen der sozialen Medien zum Handeln aufzufordern. Die Kommission hat gemeinsam mit 42 Ländern die <a href="#">globalen Leitlinien zur Bekämpfung von Antisemitismus</a> gebilligt, in denen die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus zusammengefasst sind.
75.	Die EU wird ihre Maßnahmen im Bildungsbereich verstärken und sich in ihrer Zusammenarbeit mit Partnerländern im Bildungsbereich weiterhin <b>dafür einsetzen, dass Bildungsmaterialien vollständig den UNESCO-Standards für Frieden, Toleranz, Koexistenz und Gewaltlosigkeit entsprechen.</b>		
76.	Die EU wird im Rahmen ihrer <b>Menschenrechtsschulungen für Bedienstete in Delegationen und am Hauptsitz spezifische Schulungen zum Thema Religions- und Weltanschauungsfreiheit anbieten</b> , die auch die Bekämpfung von Antisemitismus zum Inhalt haben.	In Bearbeitung	Jährliche Schulungen zum Thema Religion und Außenpolitik für Bedienstete des EAD, die Module zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit beinhalten.
77.	Förderung des <b>Kampfes gegen Diskriminierung aus religiösen und ethnischen Gründen, einschließlich Antisemitismus, im Rahmen von politischen Dialogen und Menschenrechtsdialogen</b> sowie der umfassenderen Zusammenarbeit mit Partnerländern außerhalb der EU.	In Bearbeitung	Jedes Jahr wurden im Rahmen von mehr als 20 Menschenrechtsdialogen Bedenken hinsichtlich der Religions- und Weltanschauungsfreiheit geäußert. In Dialogen mit den MENA-Ländern hat der EAD mehrfach darauf hingewiesen, dass Programme zum Thema Holocaust in die Lehrpläne aufgenommen werden müssen.
78.	Gewährleistung der Durchführung von <b>Schulungen zu Grundrechten</b> und eines interkulturellen Dialogs für einschlägige Akteure, einschließlich Lehrkräfte aus Drittstaaten.		
79.	Stärkung des <b>Engagements für die jüdische Zivilgesellschaft</b> und religiöse Organisationen, um über das Netz der EU-Delegationen und die zentralen Dienststellen antisemitische Handlungen und Einschränkungen der Religions- oder Glaubensfreiheit zu bekämpfen.	In Bearbeitung	Die EU-Delegationen treffen sich mit konfessionell gebundenen Organisationen, einschließlich der jüdischen Zivilgesellschaft und religiösen Organisationen, wenn dies relevant ist oder darum gebeten wird.
80.	Empfehlung an die EU-Delegationen, die <b>Berichterstattung über antisemitische Vorfälle in Drittländern</b> in ihre regelmäßige politische Berichterstattung aufzunehmen.	In Bearbeitung	Mehrere EU-Delegationen weisen in ihren Berichten an die zentralen Dienststellen auf Verletzungen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit hin, darunter auch auf antisemitische Vorfälle und die Leugnung des Holocaust.
81.	Darüber hinaus wird die EU die weltweite <b>Zusammenarbeit der Sonderbeauftragten und Koordinatoren</b> bei der Bekämpfung von Antisemitismus <b>verstärken</b> .	In Bearbeitung	Auf Einladung des Jüdischen Weltkongresses führt die Kommission zweimal jährlich den gemeinsamen Vorsitz bei den Treffen der Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung des Antisemitismus. Am 6. November 2023 billigte die Kommission die <a href="#">gemeinsame Erklärung der Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung des Antisemitismus</a> , in welcher die Zunahme des Antisemitismus nach den Anschlägen vom 7. Oktober verurteilt wird. Am 17. Juli 2024 unterzeichnete die Kommission gemeinsam mit Sonderbeauftragten aus 42 Ländern und internationalen Organisationen die <a href="#">globalen Leitlinien zur Bekämpfung von Antisemitismus</a> .
82.	Ausbau des Seminars EU-Israel zur weiteren <b>Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel bei der Bekämpfung von Antisemitismus</b> .	In Bearbeitung	Das Seminar EU-Israel wurde überarbeitet. Das hochrangige Seminar EU-Israel zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wurde am 12. Juni 2023 in Jerusalem und am 7./8. Mai 2024 in Brüssel mitorganisiert. Vizepräsident Schinas und der israelische Außenminister nahmen an den Seminaren teil.
83.	Erwägung neuer EU-finanzierter Projekte in der Nachbarschaft der EU und darüber hinaus, um Antisemitismus zu verhindern und zu bekämpfen und jüdisches Leben zu fördern. Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus können über das Programm für Menschenrechts- und Demokratieinitiativen zur Bekämpfung der Diskriminierung im Rahmen des <b>Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt</b> unterstützt werden.	In Bearbeitung	Anfang 2023 wurde eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Bekämpfung von Diskriminierung veröffentlicht, die über das thematische Programm für Menschenrechte und Demokratie im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt finanziert wird. Eines der Lose der Ausschreibung hat den Schwerpunkt Religions- und Weltanschauungsfreiheit: Förderung der Achtung aller Menschen und des interkulturellen und interreligiösen Verständnisses.

84.	Sicherstellen, dass externe EU-Mittel im Einklang mit bestehenden Maßnahmen nicht für Aktivitäten missbraucht werden können, die Hass und Gewalt schüren, etwa gegen Jüdinnen und Juden.	In Bearbeitung	Gemäß den EU-Verfahren sollen mit externen EU-Mitteln keine Aktivitäten unterstützt werden, die Hass und Gewalt, unter anderem gegen jüdische Menschen, schüren.
<b>4.2. Sicherung des jüdischen Kulturerbes und Gedenken an den Holocaust</b>			
85.	Die EU wird sich weiterhin <b>für das Gedenken an den Holocaust</b> auf internationaler Ebene <b>einsetzen</b> und die <b>Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust in Drittländern öffentlich zur Sprache bringen</b> , auch in internationalen Foren. Sie wird die Organisation und Teilnahme an hochrangigen Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Opfer der Shoah (Gedenkveranstaltungen, Holocaust-Gedenktag) fortsetzen.	In Bearbeitung	Am 20. Januar 2022 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Unterstützung aller EU-Mitgliedstaaten eine <a href="#">Resolution, in der die Leugnung des Holocaust verurteilt wird</a> . HR/VP Borrell gab anlässlich der Holocaust-Gedenktage in den Jahren <a href="#">2022</a> , <a href="#">2023</a> und <a href="#">2024</a> Erklärungen ab. Die EU-Delegationen nehmen regelmäßig an hochrangigen Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer der Shoah teil. <a href="#">Der Hohe Vertreter kritisierte den Missbrauch des Holocaust durch Russland</a> .
86.	Die EU wird den <b>interkulturellen und interreligiösen Dialog</b> unterstützen, um den <b>Schutz des Kulturerbes durch Bemühungen um ein gemeinsames Geschichtsbewusstsein und Gedenken zu stärken</b> und so die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Gemeinschaften in einem multikulturellen Umfeld zu schaffen.	In Bearbeitung	Zwischen September 2021 und August 2022 wurden drei Projekte für den interreligiösen Dialog zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Toleranz abgeschlossen. Die Projekte fanden 1. in Niger und Nigeria, 2. in Burundi, Ägypten, Kenia, Südsudan, Tansania und Uganda sowie 3. in Irak, Libanon und Syrien statt.
87.	Förderung und Unterstützung <b>des Schutzes, der Wiederherstellung und der Wiederbelebung des gesamten materiellen und immateriellen Kulturerbes, einschließlich des jüdischen Kulturerbes</b> , sei es materieller oder immaterieller Natur, im Einklang mit ihrer Politik im Bereich internationale Kulturbeziehungen und Kulturerbe.	In Bearbeitung	Zwischen September 2021 und August 2022 unterstützte die Europäische Kommission den Schutz, die Wiederherstellung und die Wiederbelebung des gesamten materiellen und immateriellen Kulturerbes, einschließlich des religiösen Kulturerbes, unter anderem in Jemen, Irak, Mali, Zentralasien und Iran, mit insgesamt 39 Mio. EUR.
88.	Integration des <b>interkulturellen und interreligiösen Dialogs in Maßnahmen zum Kulturerbe</b> .	In Bearbeitung	Beispielsweise finanzierte die Kommission „Cash for Work: Promoting Livelihood Opportunities for Urban Youth in Yemen“ (Geld für Arbeit: Förderung von Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts für Jugendliche in Städten im Jemen), ein von der UNESCO durchgeführtes Projekt (9,7 Mio. EUR, September 2018 bis August 2022), bei dem 86 junge jemenitische Künstler und Kulturschaffende am Dialog über die Friedenskonsolidierung teilnahmen, unter anderem mit dem Sondergesandten der Vereinten Nationen für Jemen.
89.	Suche nach Möglichkeiten, die <b>Erhaltung des jüdischen Erbes in die Programmplanung</b> in der Nachbarschaft der EU und darüber hinaus <b>einzubeziehen</b> .	In Bearbeitung	Im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe wurde ein spezielles „Los für Projekte“ zur Förderung des jüdischen Lebens und des jüdischen Kulturerbes mit einer Gesamtmittelausstattung von 1,5 Mio. EUR in eine regionale Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Organisationen der Zivilgesellschaft aus dem Westbalkan und der Türkei aufgenommen. In Bosnien und Herzegowina stellte die Kommission über das Instrument für Heranführungshilfe 260 000 EUR für das Holocaust-Museum in Sarajevo bereit. Aus dem Instrument für Nachbarschaft Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit hat die Kommission 7 Mio. EUR für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Erhaltung des jüdischen Kulturerbes in der Ukraine sowie 3 Mio. EUR für die Verwaltung und Erhaltung jüdisch-marokkanischer Kulturstätten und des immateriellen Kulturerbes in Marokko vorgesehen.
<b>Schlussfolgerung</b>			
90.	Umfassende Durchführungsberichte sollen in den Jahren 2024 und 2029 veröffentlicht werden. Diese werden sich auf die Beiträge der Mitgliedstaaten stützen, auch im Hinblick auf die Umsetzung ihrer nationalen Strategien und Maßnahmen. Mit Unterstützung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte werden diese Berichte auch die Überwachung der Fortschritte auf nationaler Ebene umfassen und die in den Erklärungen des Rates zum Antisemitismus von 2018 und 2020 eingegangenen Verpflichtungen berücksichtigen.	In Bearbeitung	Vorlage des ersten Fortschrittsberichts im Jahr 2024.